

Starterkonferenz Jugendmigrationsdienste

**Dokumentation der Veranstaltung
vom 20. und 21. Juni 2005**

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon 0 30. 457 986-0
Fax: 0 30. 457 986-50
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartnerin/Redaktion:
Petra Dinkelacker

Inhalt:

- 4 Vorwort**
Petra Dinkelacker
- 5 Philosophie und Umsetzungsstand der E&C-Programmplattform**
Hartmut Brocke
- 8 Integration von jungen Migranten und Migrantinnen – Schnittstellen und gemeinsame Handlungsfelder von Jugendmigrationsdiensten (JMD) und Akteuren in den E&C-Gebieten**
Angelika von Heinz
- 12 Anforderungen an die Vernetzung der Integrationsarbeit vor Ort**
Detlef Bröker
- 18 Die Stuttgarter Strategie kommunaler Integrationspolitik – Preisträger des Integrationswettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“**
Georg Ceschan
- 21 Integrative Projekte im Rahmen des Programms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS)**
Jörg Wiegleb
- 25 „Kreative Räume eröffnen“ und „Erzählcafé im Stadtteil“ – Verzahnung von LOS-Projekten mit der Arbeit des JMD in Jena-Lobeda**
Katja Glybowski
Astrid Horbank
- 31 Erfahrungen aus der Arbeit des interkulturellen Netzwerks Köln-Chorweiler**
Markus Kaufmann
- 33 Netzwerkmanagement im Rahmen des Jugendmigrationsdienstes**
Sandra Kloke
- 35 Netzwerkarbeit am Beispiel des Jugendcafés „Féga“**
Christine Erler
- 38 Programm**
- 40 Teilnahmeliste**

Vorwort

Im Rahmen der fachlichen Ausrichtung von E&C sind die Integration und damit die Zukunftschancen junger Menschen mit Zuwanderungs- oder Migrationshintergrund Schlüsselthemen. Bereits mit dem Programmschwerpunkt „Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit“ (2001-2003) konzentrierte sich ein gesondertes Programm innerhalb von E&C auf die Zielgruppe der jungen Migrantinnen und Migranten. Ziel des Programms „Interkulturelles Netzwerk“ war vorrangig die interkulturelle Öffnung der im Sozialraum bestehenden Einrichtungen und Dienste. Auch sollten die Belange junger Migranten/innen in der Stadtentwicklungs- und Jugendhilfeplanung stärker berücksichtigt werden. Bereits bestehende Einrichtungen der Jugendsozialarbeit (Jugendgemeinschaftswerke) sollten als zentrale Anlaufstellen für alle Migranten/innen, junge Aussiedler/innen wie auch alle nicht-deutsche Jugendlichen, die auf Integrationshilfen angewiesen sind, weiterentwickelt werden.

Sozialräumlichen und integrativen Ansätzen zur Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund räumt das Programm 18 im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) einen hohen Stellenwert ein. Auf dieser Grundlage wurde eine konzeptionelle Neugestaltung der Jugendgemeinschaftswerke hin zu Jugendmigrationsdiensten vorgenommen, in die auch die Erfahrungen aus dem E&C-Programmschwerpunkt „Interkulturelles Netzwerk“ eingebunden wurden. Als ein Ergebnis dieser Weiterentwicklung wurde die Arbeit der Jugendmigrationsdienste im Januar 2004 umstrukturiert und auf eine neue Grundlage gestellt. Mit In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes 2005 erfolgte eine entsprechende Anpassung der Arbeitsgrundsätze an die gesetzlichen Vorgaben.

Die JMD fungieren nun gleichsam als „zentrale Anlaufstellen vor Ort“ für die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. Sie wirken dabei mit, Kinder und Jugendliche stark zu machen, benachteiligten jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen und sie im Sozialraum sowie in Schule und Beruf so zu fördern und zu unterstützen, dass sie die Chance haben, sich sozial und beruflich zu integrieren. Im Stadtteil ergeben sich aus diesem Aufgabenfeld vielfältige Schnittstellen zwischen der Programmplattform E&C und den Jugendmigrationsdiensten. Projektbezogene Kooperationen zwischen den Akteuren der Jugendmigrationsdienste und E&C bestehen bereits in einigen Städten und sind z. T. schon

gut entwickelt.

Die Starterkonferenz im Juni 2005 hatte zum Ziel, diese Zusammenarbeit voran zu treiben. Sie richtete sich an alle 237 Jugendmigrationsdienste aus den rd. 360 E&C-Gebieten und bildete den Auftakt zur Einbindung der JMD in den Fachaustausch der E&C-Plattform.

Inhalte der Starterkonferenz waren zum einen die Schnittstellen der Arbeit der JMD mit den E&C-Programmen, zum anderen wurden bestehende Erfahrungen der Jugendmigrationsdienste in der Kooperation mit E&C-Programmen vor Ort vorgestellt. Weitere Schwerpunkte bildeten die Definition von gemeinsamen Standards für die Integrationsarbeit aus Sicht der Bundesebene und der Akteure vor Ort sowie der Ausbau der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Übereinstimmend wurde auf der Konferenz ein konsequentes und aktivierendes Integrationsmanagement im Stadtteil als wesentliche Handlungsstrategie für die erfolgreiche Integration junger Zuwanderer/innen benannt. Hierfür sind gute Netzwerke unabdingbar. Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe und viele Akteure müssen zusammenwirken, damit sie gelingt. In den E&C-Gebieten sind die Mitarbeiter/innen in den JMD gefragt, die bestehenden Netzwerke zu erweitern und mit ihren vielfältigen Kompetenzen dazu beizutragen, die soziale Arbeit gezielt auf die Belange und Interessen der jungen Migranten/innen, Zuwanderer/innen und der in Deutschland geborenen Kinder und Jugendlichen mit Migrations- oder Zuwanderungshintergrund auszurichten.

Kontakt:

Petra Dinkelacker
Regiestelle E&C
Nazarethkirchstr. 51
13347 Berlin
Fon: 03045798636
Email:
dinkelacker@eundc.de

Hartmut Brocke

Philosophie und Umsetzungsstand der E&C-Programmplattform

Armut, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung konzentrieren sich in vielen Kommunen in sogenannten sozialen Brennpunkten oder benachteiligten Stadtteilen. Die dort lebenden Bewohner und Bewohnerinnen erleben häufig eine Beeinträchtigung ihrer Lebenschancen, die aus dem Wohnen in diesem Quartier entsteht. Gerade für Kinder und Jugendliche bedeutet das Aufwachsen unter den Bedingungen benachteiligter Stadtteile von vorn herein mangelnde Entwicklungschancen und eingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft. Sie sind in wesentlich stärkerem Ausmaß Gefährdungen und Benachteiligungen ausgesetzt als Kinder und Jugendliche in einem intakten Umfeld. In benachteiligten Stadtteilen fehlen vor allem Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat deshalb im Sommer 2000 die Programmplattform: „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) als Komplementärprogramm zu dem Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ ins Leben gerufen. Übergreifende Ziele bestehen darin, die Chancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu verbessern, den Abwärtstrend benachteiligter Stadtteile aufzuhalten und nachhaltige Entwicklungen anzustoßen. E&C nützt Synergieeffekte unterschiedlicher Strukturen und Programme und setzt Eigeninitiative und Engagement in unterschiedlichsten Bereichen in Gang.

Mit der Programmplattform E&C wurde ein neuer Schwerpunkt gesetzt, um Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Sozialräumen günstigere Bedingungen für ihre Entwicklungen und bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu eröffnen. E&C setzt kinder- und jugendhilfespezifische Prioritäten in den gesellschaftlichen Politikbereichen soziale und ethnische Integration, Zusammenleben in der Nachbarschaft, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen und Wohnumfeld, soziale Infrastruktur, Schule, Ausbildung, Kinder, Jugendhilfeförderung und Unterstützung der Familien, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung, Gesundheitsförderung, besondere soziale Lebenslagen, Neuorganisation und Vernetzung kommunaler Steuerungsinstrumente gebietsbezogener gebündelter Ressourcen.

Im Ergebnis eines Ausschreibungsverfahrens ist die Stiftung SPI seit Juni 2000 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) mit der Umsetzung der Regiestelle zur Koordination der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) beauftragt.

E&C: Soziale Arbeit als Koproduktion

Die Verbesserung der Situation in den sogenannten sozialen Brennpunkten kann nur dann erfolgreich und mit nachhaltigen Effekten verlaufen, wenn vorhandene Angebote und Maßnahmen miteinander verknüpft und aufeinander bezogen werden. Planungen in den Bereichen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und der Stadtentwicklung müssen koordiniert werden. Vorhandene Ressourcen in den ausgewählten Gebieten müssen sinnvoll genutzt und zusätzliche Ressourcen erschlossen werden. Erst eine ganzheitliche Sicht der Problemlagen führt zu einem integrierten Konzept für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in sozialen Brennpunkten.

Die Programmplattform E&C aktiviert die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes vom BMFSFJ geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe. Es werden neue Modelle und Projekte entwickelt und erprobt, die die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten fördern. Die Ansätze, Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollen in alle Maßnahmen der Gebietserneuerung eingebracht werden.

Da die sozialen Probleme in den Programmgemeinden nie auf nur eine Ursache zurückzuführen sind, bringt E&C Akteure unterschiedlicher Politikfelder auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zusammen. Durch E&C werden unterschiedliche Zuständigkeiten, Trägerstrukturen, Institutionen und Praxisfelder verknüpft, damit sie als sinnvolles Ganzes wirken können. Nur so besteht eine realistische Chance die Abwärtsentwicklung in diesen Gebieten zu stoppen.

E&C ist ein lernendes Programm: Zu den bereits bestehenden Programmteilen können und sollen weitere Maßnahmen für soziale Brennpunkte mobilisiert und hinzugefügt werden. Es bietet Spielraum für unterschiedliche Ansätze und Formen der Beteiligung. Unter dem Dach des Programms ist eine Vielfalt von individuellen und den spezifischen Lagen vor Ort entsprechenden Lösungsansätzen, Projekten und Programmen nicht nur möglich, sondern ausdrücklich erwünscht. Über den gesamten Programmzeitraum hinweg ist E&C prozesshaft und verfahrensoffen angelegt.

Mit seiner anspruchsvollen Zielsetzung der

Herstellung lokaler Bündnisse, der Stärkung von Selbsthilfekräften vor Ort und der Vernetzung unterschiedlicher jugendpolitischer Ressourcen trägt das Programm E&C einen hohen Grad von Verantwortung an die beteiligten Akteure heran und vertraut dabei auf ihre Fachkompetenz.

Die Ziele von Koproduktion sind:

- durch Bündelung von Querschnittskompetenzen die Integrationschancen von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern zu erhöhen,
- durch effiziente Arbeitsteilung die Doppelarbeit zu reduzieren,
- Know-how-Transfer zwischen den Ressorts und Einrichtungen zu ermöglichen,
- mehr Bürgernähe durch Konzentration auf Integrationshilfen und Sozialraumorientierung zu schaffen,
- Kosteneinsparungen und damit Gewinnung von Spielräumen durch Synergieeffekte zu erzielen.

Umsetzung

Die Programmplattform E&C wurde als Partnerprogramm zur Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ entwickelt. Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ wird in 252 Gemeinden mit 363 Programmgebieten umgesetzt. Die Anzahl der städtischen Gebiete hat sich von 160 zum Start des Programms E&C im Jahr 2000 auf mittlerweile 363 Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf erhöht. Das Programm E&C berücksichtigt zusätzlich zu den städtischen Gebieten auch 13 strukturschwache ländliche Regionen. Die Gesamtzahl der Programmgebiete E&C beträgt damit 376.

Aktivitäten der Teilprogramme

Der Programmplattform E&C sind spezifische Teilprogramme zur modellhaften Erprobung von Lösungsstrategien zugeordnet. Diese Teilprogramme orientieren sich an der „Querschnittsverantwortung“ der öffentlichen und freien Träger sozialer Arbeit, wie der aktiven Teilhabe der Adressatinnen und Adressaten.

Aufgabe der Regiestelle E&C ist es, diese Ansammlung von Einzelaktivitäten und Programmteilen nach innen und außen als Bestandteile des Programms E&C sichtbar zu machen. Zu den vor Einrichtung der Regiestelle E&C gestarteten bzw. durch andere vom BMFSFJ beauftragte Institutionen/Auftragnehmer koordinierten Programmteilen gehören: Teilprogramme, die der Programmplattform E&C zugeordnet wurden, sind (Auszug):

- Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit: An 12 ausgewählten Standorten wurde der Programmschwerpunkt „Inter-

kulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit“ im Sozialraum implementiert. Modellhafte Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, i.d.R. Jugendgemeinschaftswerke, werden zu zentralen Anlaufstellen für Aussiedler/innen und nichtdeutsche Jugendliche, die auf Integrationshilfen angewiesen sind, weiterentwickelt. Sie dienen somit als experimenteller Vorläufer zur Einrichtung der Jugendmigrationsdienste, wie sie heute bundesweit existieren. Ziel dieses Modells war es, die Weiterentwicklung bzw. der Aufbau interkultureller Netzwerke, um die Angebotsstruktur für junge Zugewanderte zu verbessern (über Angebots- und Bedarfsanalysen, Stadtteilbüros, Gremienarbeit u. a.). Dabei war die Öffnung der im Sozialraum bestehenden Angebote sozialer Dienste und Einrichtungen für jugendliche Migrant/innen wichtigstes Programmziel. Wesentliche Voraussetzung hierfür erwies sich die gezielte Einbringung der Belange Jugendlicher nichtdeutscher Herkunft in Stadtentwicklungs- und Jugendhilfeplanung (z. B. über Mitarbeit in Arbeitskreisen nach §78 KJHG oder Mitwirkung an der Erstellung kommunaler Integrationskonzepte).

Die Träger des Interkulturellen Netzwerkes wurden zu den Regionalkonferenzen und Fachforen eingeladen. Je nach thematischer Schwerpunktsetzung erfolgt die Vorstellung als Best Practice im Rahmen der Veranstaltungen der Regiestelle E&C.

Links sind auf den E&C Internetseiten installiert. Das Teilprogramm „Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum“ wurde 2002 mit einem E&C-Fachforum abgeschlossen. Am ersten Tag dieses E&C Fachforums „Miteinander – Nebeneinander – Gegeneinander!? – Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer“ am 06. und 07. November 2002 in Berlin standen die Ergebnisse und Erfahrungen der 12 Projekte aus dem Bundesmodell im Mittelpunkt der Diskussion. Großes Interesse fanden auch die hier vorgestellten Ergebnisse der DJI-Begleitforschung.

- **LOS, Lokales Kapital für soziale Zwecke (2003-2006):** Bislang haben 286 Fördergebiete in 205 Kommunen mit insgesamt 2.778 Mikroprojekten und 40.000 Teilnehmer/innen am Programm partizipiert. In der 1. (abgeschlossenen) Förderperiode 2003 wurden 1978 Mikroprojekte in 176 Gebieten E&C/Soziale Stadt gefördert, in der 2. Förderperiode 2004 werden bislang 800 Mikroprojekte gefördert. Zu den 176 Gebieten E&C/Soziale Stadt, die bislang am Programm LOS partizipiert haben, sind weitere

110 Gebiete dazu gekommen. Insgesamt sind nun 268 lokale Aktionspläne in der Förderung. Weitere Informationen zum Umsetzungsstand unter: www.los-online.de.

- **FSTJ, Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (1999/2000-2004):** 7000 teilnehmende Jugendliche in über 80 Qualifizierungsbüros bundesweit in E&C-Gebieten. Das Modellprogramm wurde am 30.09.2004 beendet. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat mit Datum vom 14.04.2004 die verbindlichen Empfehlungen für die Überführung des FSTJ in die Regelförderung erlassen. Der Abschlussbericht zum Programm und weitere Informationen finden sich unter www.fstj.de.
- **Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie (2001):** Förderung von 59 Lokalen Aktionsplänen in 59 Kommunen. Die ersten lokalen Aktionspläne liegen seit Jahresende 2001 in den E&C-Gebieten vor. Am 05. und 06. März 2002 wurden die Ergebnisse aus allen beteiligten Gebieten auf einer Fachmesse von E&C präsentiert.
- **Netzwerke und Soziales Ehrenamt – strukturschwache ländliche Regionen (2001-2003):** Teilnahme von 13 Landkreisen in strukturschwachen ländlichen Regionen, Förderung von Sachmitteln für 158 Projekte und Initiativen des Ehrenamts von und für Kinder und Jugendliche. Das Programm wurde zum 31.12.2003 abgeschlossen.
- **KuQ, Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten (2002):** Realisiert wurden 117 Förderverträge mit 432 Einzelmaßnahmen bei 86 Jugendämtern in E&C-Gebieten/Gebiete Soziale Stadt.
- **Kompetenzagenturen (2002-2006):** 16 Agenturen bundesweit in 16 Kommunen mit bislang 2050 erreichten Jugendlichen der Zielgruppe.

sowie im Rahmen eines Public Private Partnership Projektes:

- **Schlaumäuse, eine Bildungsinitiative von Microsoft Deutschland und Partnern (seit 2003):** Erreicht wurden bislang mehr als 5.000 Kinder aus 200 überwiegend in E&C-Gebieten liegenden Einrichtungen. Microsoft Deutschland und Partner haben Anfang 2005 eine zweite Phase der Bildungsinitiative ausgeschrieben, mit der weitere 100 Schlaumäuse-Kindergärten gesucht werden (<http://www.schlaumaeuse.de/>).
- **Gesundheit in Sozialen Brennpunkten:** Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (www.bzga.de) und dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen (www.bkk.de)

Programmumsetzung: Vernetzung und Dissemination

Neben der Durchführung der eigenständigen Programmbausteine der Programmplattform E&C ist die Gewinnung einer Vielzahl von Akteuren elementarer Bestandteil bei der Umsetzung. Für die Umsetzung des Programms und die Konzeption der Angebote durch die Regiestelle E&C stehen dabei zunächst spezifische Zielgruppen im Vordergrund. Hierzu gehören Vertreter/innen der

- Bundes-, Landesebene,
 - Städte und Gemeinden,
 - Landkreise,
 - bundeszentralen freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe,
 - Quartiersmanager
- sowie Handelnde der Stadtentwicklungsplanung, Sozialämter, Arbeitsämter, Wirtschaftsförderung und Berufsbildungsplanung.

Die Starterkonferenz der Jugendmigrationsdienste dient dazu, die Mitarbeiter/innen der Jugendmigrationsdienste aktiv in den Kreis der E&C-Akteure mit einzubinden, und damit ein Podium anzubieten, sich auf Maßnahmen und Beiträge zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen, von Migrantinnen und Migranten in benachteiligten Gebieten zu verständigen. Neue Partnerschaften können geschlossen, Aktivitäten abgestimmt und Synergieeffekte genutzt werden. In diesem Sinne hat die Regiestelle E&C bisher ein Netzwerk von Ansprechpartner/innen in derzeit 331 Programmgebieten und 13 Landkreisen aufgebaut.

Die Akteure werden von der Regiestelle E&C unterstützt, ihren Erfahrungsaustausch über die Belange von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen vor Ort zu initiieren und Ideen zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen in Institutionen, Politik und Verwaltung einzubringen. Es werden Verfahrens- und Förderrichtlinien angeregt, die erweiterte Möglichkeiten des Stadtteilmanagements eröffnen. Ämter- und trägerübergreifend sollen lokale Aktionspläne erarbeitet und implementiert werden. In lokalen Verbänden sollen die Problemlagen von jungen Menschen im Quartier gemeinsam beschrieben, Erfahrungen ausgetauscht und Lösungen zusammen entwickelt werden. Über die zukünftige Beteiligung der Jugendmigrationsdienste an den Konferenzen und dem Fachaustausch von E&C sollen die Belange von jungen Migrantinnen und Migranten noch stärker in den Fokus gestellt werden. Die Mitarbeiter/innen der Jugendmigrationsdienste sind aufgefordert, ihre Fachkompetenzen und ihre Erfahrungen in die E&C-Programmplattform einzubringen und den Fachaustausch im Programm zu erweitern.

Kontakt:

Hartmut Brocke
Stiftung SPI
Müllerstr. 74
13349 Berlin
Fon: 0304597930
Email:
info@stiftung-spi.de

Integration von jungen Migranten und Migrantinnen – Schnittstellen und gemeinsame Handlungsfelder von Jugendmigrationsdiensten und Akteuren in den E&C-Gebieten

Junge Menschen in sozialen Brennpunkten sind überproportional junge Menschen mit Migrationshintergrund. Als Akteure und Kooperationspartner/innen vor Ort lassen sich neben den Quartiersmanager/innen beispielhaft die Regionalkoordinatoren/innen, Sprachkurs-träger, Arbeitsagenturen und ARGE, Migranten-selbstorganisationen, Kirchengemeinden, Vereine und Stützpunktvereine des Programms „Integration durch Sport“ benennen.

Bezüglich der Schnittstellen und gemeinsamen Handlungsfelder sind vor allem zwei Probleme zu thematisieren: Da aufgrund datenschutzrechtlicher Regelungen die Adressen der Neuzuwanderer/innen nicht an die Beratungsdienste weitergegeben werden können, ist die Kommunikation zwischen allen Akteuren vor Ort zwingend notwendig. Angesichts der Personalknappheit in den Jugendmigrationsdiensten ist eine Arbeitsteilung durch Vermittlung und Begleitung zu anderen Anbietern vor Ort geboten.

Ein dringender Appell an die Mitarbeiter/innen der Jugendmigrationsdienste ist es, den Zeitaufwand für eine persönliche Kontaktaufnahme mit den Quartiersmanagern/innen nicht zu scheuen.

Integration durch die Jugendmigrationsdienste

In den Grundsätzen zur Arbeit der Jugendmigrationsdienste (JMD) ist ausgeführt, dass die Zusammenarbeit der Jugendmigrationsdienste mit den Migrantenselbstorganisationen von großer Bedeutung ist. Wir sind der Ansicht, dass ohne eine gezielte Zusammenarbeit aller Akteure Integration nur schwer möglich ist.

Herr Brocke von der Stiftung SPI hat in seiner Einführung gesagt, Integration sei ein sperriger, ein schwieriger Begriff. Ich möchte ihn daher gerade für die jungen Neuzugewanderten konkreter definieren und eingrenzen. Die jungen Neuzuwanderer/innen und zwar geht es hier um die nicht mehr Schulpflichtigen, die keine Einbindung in einen Schulorganismus und damit auch kein anderweitiges „Auffangbecken“ für ihre Integration haben, weil kein/e Lehrer/in, in guten Fällen vielleicht sogar ein/e Schulsozialpädagoge/in, für sie zuständig ist. Sondern es geht um diejenigen, die die Schule im Herkunftsland praktisch abgeschlossen haben, die noch nicht so weit in ihrer Ausbildung sind, dass sie direkt in einen Beruf gehen können oder, weil sie hier keine Arbeit finden, auf die

verschiedenen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit angewiesen sind.

Für diese jungen Leute kommt es darauf an, in unserer Gesellschaft nicht nur beruflich integriert zu werden. Das ist natürlich der wesentliche Teil der Integration, denn wer sein Geld selbst verdienen kann und dadurch an der Gesellschaft teilhaben kann, ist schon sehr, sehr weit.

Aber das ist nicht alles und deswegen geht die Arbeit der Jugendmigrationsdienste noch darüber hinaus. Es geht nämlich hier auch um die gesellschaftliche Integration. Das heißt vor allem, den jungen Zuwanderern/innen die Möglichkeit zu eröffnen teilzuhaben: am Wohnumfeld, an Vereinen, an alledem, was das Quartier für junge Menschen bieten kann, wenn sie die Wege dahin kennen, auch wenn es notwendig ist, ihnen die Wege dahin etwas zu ebnet. Denn wenn man die Sprachkenntnisse erst im geringen Maße hat und aus einer doch sehr anderen Herkunftskultur kommt, dann ist es nicht einfach, alleine irgendwo zu einem Sportverein zu gehen und zu sagen, nehmt mich auf, ich möchte hier mitmachen. Da gibt es viele, viele Barrieren und gerade auch dafür, diese Barrieren niedriger zu machen oder gar zu beseitigen, sind die Integrationsbegleiter/innen der Jugendmigrationsdienste da. Es geht in der Arbeit der Integrationsbegleiter/innen um Ermöglichung von Partizipation und Herstellung von Chancengleichheit. Auf diese beiden Begriffe möchte ich, gerade in Bezug auf die Integration von jungen Menschen, sehr stark fokussieren.

Wie haben wir uns das gedacht? Wir haben im letzten Jahr zum 1. Januar 2004 zum ersten Mal verbindliche Arbeitsgrundsätze für die Jugendmigrationsdienste, die vorher Jugendgemeinschaftswerke hießen, aufgeschrieben und zwar in ganz enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendsozialarbeit, um sofort die Sicht der Praxis mit zu berücksichtigen und nicht vom grünen Tisch aus Vorschriften zu erlassen. Ziel war es, mit den Praktikern/innen gemeinsam allgemeine Standards festzulegen, nach denen die Arbeit verbindlich an allen Standorten erfolgen soll. Das war vorher sehr freibleibend, hing oftmals von der Person ab, die den Jugendmigrationsdienst geleitet hat. Der/die eine hatte mehr Spaß an Gruppenarbeit, an Freizeiten, an Festen, andere waren schon von vorne herein entsprechend des sogenannten Case-Management verfahren. Die

Arbeit wurde also in jedem Migrationsdienst anders gehandhabt und wir wollten nicht, dass es weiterhin so personenabhängig ist, wie ein junger Mensch hier integriert wird. Entsprechend haben wir Standards festgelegt, nach denen die Arbeit in jedem Jugendmigrationsdienst erfolgen soll und diese in den Grundsätzen festgeschrieben.

Diese Grundsätze wurden noch ergänzt durch Rahmenkonzepte, in denen die einzelnen Arbeitsbereiche der Jugendmigrationsdienste genauer dargestellt werden, und die Sie auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Oberbegriff „Jugendabteilung/Integration“ finden können.

Zielgruppe der Jugendmigrationsdienste

Zur Historie der Jugendmigrationsdienste muss ich noch kurz ergänzen: Erst seit 2001 wurden die damaligen Jugendgemeinschaftswerke als Anlaufstelle für alle jungen Zuwanderer/innen geöffnet. Vorher war der Aufgabenbereich im wesentlichen beschränkt auf die Gruppe der Spätaussiedler/innen. Die einheimischen Jugendlichen sollten in die Arbeit schon immer einbezogen werden und wenn Jugendliche, die keinen Spätaussiedlerstatus hatten, dazu kamen, wurden auch die nicht abgewiesen. Über 50% der Zielgruppe musste aber der Gruppe der Spätaussiedler/innen angehören. Diese Vorgabe ist mit der Öffnung völlig entfallen. Der Arbeitsbereich der Jugendmigrationsdienste bezieht sich seither auf alle jungen Migranten/innen. Dass sich diese Öffnung in der praktischen Arbeit niederschlägt, ist aber eher ein langwieriger Prozess. Im Moment betreuen die Jugendmigrationsdienste in ihrer Arbeit einen Anteil von 27% junger Ausländer/innen. Die Spätaussiedler/innen stellen also immer noch die Hauptgruppe der Betreuten.

Integrationsbegleitung – Neuerungen und Inhalte der Arbeit der Jugendmigrationsdienste

Gerade im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz wird sich das aber nun schneller ändern, weil nunmehr die Jugendmigrationsdienste auch zuständig sind für die sozialpädagogische Begleitung der jungen Menschen in den Integrationskursen. Das Zuwanderungsgesetz, das am 01.01.2005 in Kraft getreten ist und dem die Grundsätze der Jugendmigrationsdienste auch noch einmal angepasst wurden, sieht vor, dass alle Neuzuwanderer/innen gleichermaßen den Anspruch auf einen Integrationskurs haben. Die Angebote an sozialpädagogischer Betreuung, die früher auf der Grundlage der Richtlinien für den Garantiefonds – Schul- und Berufsbildungsbereich – für die jungen Spätaussiedler/innen, Asylbe-

rechtigten und Kontingentflüchtlinge möglich waren und jetzt zum Ende April endgültig ausgelaufen sind, werden nun auf alle Migranten/innen ausgedehnt. Allerdings gibt es bisher noch wenig jugendspezifische Integrationskurse. Diese sind zwar in der Integrationskursverordnung vorgesehen, die Ausgestaltung liegt bisher aber noch relativ frei in der Verantwortung der Sprachkursträger. Diejenigen Träger, die früher Garantiefondskurse gemacht haben, besitzen Erfahrungen und wissen, wie ein jugendspezifischer Kurs aussehen muss. Zusätzlich wird daher das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg (BAMF) bis zum Herbst noch Rahmenbedingungen und ein Curriculum für jugendspezifische Integrationskurse entwickeln. Damit wird es einfacher werden, die rein jugendspezifischen Kurse auch zu begleiten und auszuwerten. Im Garantiefonds wurde die sozialpädagogische Betreuung mit einer halben bis zu einer ganzen Sozialpädagogenstelle pro Kurs gefördert. Das Zuwanderungsgesetz sieht die sozialpädagogische Begleitung der Kurse nicht mehr vor, daher musste ein Ersatz geschaffen werden. Wir haben nun versucht, mit den Jugendmigrationsdiensten diese Begleitung einigermaßen sicherzustellen. Das Ganze ist aber noch eine Frage des personellen Ausbaus und der Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel. Dieses Jahr konnten wir für den personellen Ausbau 3,5 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Das entspricht ungefähr 85 neuen Stellen bei den Jugendmigrationsdiensten, befristet auf ein Jahr, mit denen die Kursbetreuung durch sog. mobile Berater/innen sichergestellt werden soll.

Wie Sie den Grundsätzen für die Arbeit der Jugendmigrationsdienste entnehmen können, haben wir als Zielmarke einen Betreuungsschlüssel von 1:75 – ebenso wie die Arbeitsagenturen für die Jobcenter – vorgesehen. Diesen Schlüssel werden wir noch lange nicht überall erreichen. Im nächsten Jahr müssen wir sehen, dass wir die befristete personelle Erweiterung stabilisieren und vielleicht noch weiter ausbauen können. Dazu müssen wir auch beobachten, wie das Zuwanderungsgesetz in den einzelnen Regionen wirkt, an welchen Standorten genügend junge Leute zusammenkommen, damit es überhaupt jugendspezifische Integrationskurse gibt und dies auch die Einrichtung oder den dauerhaften Ausbau eines Jugendmigrationsdienstes rechtfertigt.

Wenn in einer Region, wie es vor allem in den neuen Bundesländern der Fall ist, im Jahr 3, 4 oder im Höchstfall 20 junge Neuzuwanderer/innen ankommen, ist es sehr schwer zu rechtfertigen, dafür einen eigenen Jugendmigrationsdienst an jedem Ort aufrecht zu

erhalten. In diesem Zusammenhang ist unser Ziel, wenigstens das Angebot in den neuen Bundesländern nicht abzubauen, sondern das bestehende Angebot zu erhalten. Damit ist die Flächendeckung einigermaßen gegeben. Das Angebot dort weiter auszubauen, wäre von den Zahlen her nicht zu rechtfertigen.

Individuelle Integrationsbegleitung

Wer neu ins Land kommt, braucht eine ganz individuelle, auf ihn zugeschnittene Begleitung, deshalb richten wir uns mit dieser Begleitung vorrangig an die jungen Neuzuwanderer/innen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht bei der Erwachsenenmigrationsberatung von einer Dauer von max. drei Jahren aus. Bei den Vorgaben für die Jugendmigrationsdienste haben wir eine solche Frist nicht gesetzt. Die Begleitung während der Integrationsphase wurde zeitlich nicht begrenzt, sondern orientiert sich daran, wie lange der junge Mensch braucht, bis er soweit integriert ist, dass er seine Belange selbständig regeln kann. So lange darf der Jugendmigrationsdienst weiter für ihn tätig sein.

Die individuelle Begleitung in Form von Case-Management, wie sie in den Grundsätzen festgeschrieben ist, ist das eigentlich Neue. Das bedeutet, der/die Mitarbeiter/in des Jugendmigrationsdienstes soll nicht wie bisher alle erforderlichen Angebote, wie beispielsweise Freizeitveranstaltungen, selbst durchführen. Das ist zu personalaufwendig. Es geht vielmehr darum, die jungen Menschen anzuleiten und in die entsprechenden Angebote zu vermitteln, die es in den meisten Regionen bereits gibt. Dazu muss der/die Case-Manager/in zunächst feststellen, was der junge Mensch an Fähigkeiten mitbringt und welche Wünsche er hat. Gemeinsam mit ihm muss ein Integrationsplan entwickelt werden. Voraussetzung für diesen Prozess ist Vertrauen. An dieser Stelle bereits von Integrationsverträgen zu sprechen oder von den jungen Menschen zu fordern, einen verbindlichen Plan zu unterschreiben, halte ich für keine gute Regelung, da dies zu diesem Zeitpunkt eine Überforderung für ihn darstellen könnte. Vielmehr sollte es vorrangig darum gehen, gemeinsam mit ihm einen passgenauen Integrationsplan zu entwickeln. Der/die Mitarbeiter/in des Jugendmigrationsdienstes ist in der Folgezeit dazu da, die Abwicklung und die Erfüllung dieses Plans zu begleiten und an allen wichtigen Schnittpunkten zu prüfen, ob die Umsetzung gelingt und der junge Mensch die festgelegten Ziele erreicht.

Schnittstellen der Integrationsbegleitung

Eine wichtige Schnittstelle ist der Integrationskurs, der für die meisten nicht mehr schul-

pflichtigen Neuzuwanderer/innen gesetzlich vorgeschrieben ist. Für die Spätaussiedler/innen wurde gesetzlich lediglich ein Anspruch auf den Integrationskurs festgeschrieben, aber wer nicht ausreichend Deutsch kann, wird sicher auch gerne diesen Anspruch wahrnehmen. Rechtzeitig vor dem Ende des Integrationskurses sind die Weichen zu stellen, wie es danach weiter gehen soll. Und an dieser Schnittstelle, kommt es wesentlich auf die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen an, die mit der Einführung des SGB II neu geschaffen wurden, ebenso wie mit den Stellen, die nach dem SGB III zuständig sind.

Wir haben das Pech, dass ausgerechnet an einem Tag, dem 1. Januar 2005, sowohl das SGB II, als auch das Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten sind. Beide Gesetze bringen große Neuerungen mit sich, die noch nicht wirklich miteinander verzahnt verlaufen. Da haben wir einen Berg Arbeit vor uns und ich hoffe, dass es uns bald gelingt, mehr Klarheit zu schaffen. Im Mai fand die erste Arbeitssitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe Integration statt. Dort war ein Tagesordnungspunkt die Verknüpfung von SGB II und SGB III mit dem Zuwanderungsgesetz. Das heißt ganz konkret, wie und an welchen Punkten muss der Jugendmigrationsdienst mit den Akteuren/innen der ARGE, also gemeinsam mit der Arbeitsagentur und der Kommune oder mit der Kommune allein, wenn es eine bestellte Kommune ist, zusammenarbeiten. Ziel kann es doch nicht sein, dass die jungen Menschen entweder von zwei Integrationsplänen überzeugt werden, da dies zum einem im SGB II gesetzlich festgeschrieben ist und zum anderen aber auch in den Arbeitsgrundsätzen der Jugendmigrationsdienste verankert ist. Oder umgekehrt, dass z. B. die Arbeitsagentur oder die ARGE davon ausgeht, dass der Jugendmigrationsdienst für diesen jungen Menschen zuständig ist und keinen Integrationsplan erstellt und letztendlich ist dann vielleicht keine Stelle mehr zuständig. Das sind die beiden extremen Möglichkeiten, die unbedingt durch klare und möglichst bundeseinheitliche Empfehlungen verhindert werden sollen.

Da Kenntnisse über den Arbeits- und Ausbildungsmarkt oder die Arbeitsvermittlung stärker im Verantwortungsbereich der ARGE/Arbeitsagenturen verortet sind, sollte es nach meiner Auffassung vorrangige Aufgabe des Jugendmigrationsdienstes sein, den jungen Menschen dorthin zu vermitteln, ihn während Qualifizierungsmaßnahmen eher locker zu begleiten und zu überprüfen, ob er an den Maßnahmen der Jobcenter oder der Arbeitsagentur teilnimmt. Zum Ende der Maßnahme sollten die Mitarbeiter/innen des Jugendmigrations-

dienstes wieder stärker in die Verantwortung für den gesamten Eingliederungsprozess ein-treten. Zum Beispiel ist dann zu überprüfen, was die Maßnahme nach SGB II/III gebracht hat und welche weiteren Schritte notwendig sind. Diese Form der Begleitung kann sich durch-aus über einen längeren Zeitraum hinziehen, bis der junge Mensch tatsächlich den Ausbil-dungsplatz oder den Beruf gefunden hat, mit dem er dann integriert hier leben kann.

Weitere Aufgaben der Jugendmigrations-dienste

Eine weitere Möglichkeit, wenn auch eher nachrangig und nur, soweit Zeit und Perso-nal es zulassen, sind Gruppenangebote der Jugendmigrationsdienste. Diese sind einer-seits als vertrauensbildende Maßnahme ganz wichtig, andererseits bieten sie auch die Gele-genheit, mehr junge Menschen gleichzeitig zu erreichen und den Kreis der Teilnehmer/innen auch auf einheimische Jugendliche auszu-weiten. Denn Integration im luftleeren Raum ohne das Umfeld mit einzubeziehen, hat kei-nen Sinn. Gerade die Gruppenangebote bieten eine gute Möglichkeit, alle jungen Menschen aus dem Quartier einzubeziehen und hierdurch vielleicht auch Freundschaften zu fördern. Viel-leicht gelingt es sogar, dass einheimische Ju-gendliche junge Neuzuwanderer/innen als Pate annehmen oder sie unterstützen und z. B. in einen Sportverein einführen.

Die Jugendmigrationsdienste haben noch eine ganze Reihe weiterer Aufgaben. Sie stehen z. B. auch jungen Menschen mit Migrationshin-tergrund zur Verfügung, die schon länger im Lande sind. Immer dann, wenn integrations-oder migrationsbedingt eine Krisensituation entsteht, die durch einen Regeldienst, der viel-leicht die Kenntnisse über das Herkunftsland oder die Sprachkenntnisse nicht hat, nicht al-lein zu lösen ist. Wenn z. B. ein Schulpflichtiger in der Schule nicht mitkommt, weil er die Sprache nicht kann oder türkische Eltern ihren Töchtern das Leben ungeheuer schwer ma-chen und ihnen beispielsweise nicht erlauben, mit zum Schulausflug zu gehen, dann kann der Jugendmigrationsdienst auch für diese Klientel tätig sein. Das betrifft im wesentlichen Schüler/innen von 12 bis 16 Jahren.

Wesentliche Aufgabe als Voraussetzung für das Case-Management ist die Netzwerkarbeit. Und das ist der Punkt, an dem die Zusammen-arbeit gerade auch die Quartiersmanager/innen betrifft. Für eine gute Integrationsarbeit sind Netzwerke unabdinglich. Viele Akteure/innen müssen zusammenwirken, damit Integration gelingt und im Stadtteil sind Sie als Quartiers-manager/in ein wesentlicher Bestandteil des Netzwerkes.

Deswegen mein dringender Appell an Sie, wenn sie noch kein/e Partner/in im Netzwerk sind, was ich mir kaum vorstellen kann, dann kümmern Sie sich darum. Aus unserer Stati-stik haben wir entnommen, dass weit über die Hälfte, also ca. 280 Jugendmigrationsdienste (von zur Zeit insgesamt ungefähr 360) entwe-der Teil eines Netzwerkes sind oder es sogar selbst initiiert haben und dafür federführend tätig sind. Insofern ist ein wirklich hoher Anteil der Jugendmigrationsdienste bereits mit an-deren Diensten und Akteuren vernetzt, aber es gibt immer noch welche, die nicht dabei sind und die müssen dringend dazu bewegt wer-den, wenn sie es nicht von sich aus in Angriff nehmen.

Und der letzte Punkt, der aus meiner Sicht sehr wesentlich ist, weil er uns hoffentlich eines Tages dahin führt, dass wir nicht mehr so viele Spezialdienste brauchen, ist die interkul-turelle Öffnung aller Regeldienste. D. h., dass die Mitarbeiter/innen der Jugendmigrations-dienste ihre Erfahrungen, die sie in der Arbeit mit jungen Menschen aus allen Herkunftsregi-onen gesammelt haben, an die Regeldienste weitergeben. Mit ihren vielfältigen Sprachfä-higkeiten und Kenntnissen, die viele Mitarbei-ter/innen auch durch den eigenen Migrations-hintergrund haben, können sie Fortbildungen anbieten für die Mitarbeiter/innen des Jugend-amts, des Sozialamts oder auch beispielswei-se der Drogenberatung und sich an weitere „Regelspezialdienste“ wenden, die neben der Integrationsbegleitung weiterhin gebraucht werden. Ein Jugendmigrationsdienst kann selbst keine Drogenberatung anbieten, aber er kann dafür sorgen, dass die Drogenberatung am Ort auf die Belange von Migranten/innen ausgerichtet wird. Ich glaube, dass die inter-kulturelle Öffnung der Regeldienste, eine der langwierigsten Aufgaben ist, welche die Mit-arbeiter/innen der Jugendmigrationsdienste auf sich nehmen müssen. Wie diese Aufgabe mit dem im Moment noch nicht ausreichenden Personalbestand zu bewältigen ist, kann ich noch nicht abschätzen.

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Vortrages von Frau von Heinz, anlässlich der E&C- Zielgruppenkonferenz der Quartiersmanager/innen: Einbeziehung von Migranten-vereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadt-teilbezogene Handlungsstrategien, Mai 2005 in Berlin. Die ungekürzte Fassung liegt in der Konferenzdokumentation als download vor: www.eundc.de/download/qm_05_05.pdf

Kontakt:

Angelika von Heinz
Bundesministerium
für Familie,
Senioren, Frauen
und Jugend, Bonn
Ref. 505, Integration
Rochusstr. 8-10
53123 Bonn
Fon: 018885552445
Email:
[angelika.vonheinz@
bmfjsfj.bund.de](mailto:angelika.vonheinz@bmfjsfj.bund.de)

Anforderung an die Vernetzung der Integrationsarbeit vor Ort

Ich bedanke mich für die Einladung zu dieser Veranstaltung, insbesondere deshalb, weil Sie mir, dem Vertreter einer Bundesbehörde, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, die Gelegenheit geben, zu einem der Überschrift nach eigentlich lokalen Thema Stellung zu nehmen. Aber wie Sie alle wissen, gibt es vielfältige Berührungspunkte im Bereich der Integrationsarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die es insbesondere Angesichts immer knapper werdender finanzieller Mittel auf einander abzustimmen gilt.

Gestatten Sie mir deshalb zunächst eine stichpunktartige Übersicht über die Aufgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Integrationsbereich zu geben, denn schon daraus werden die engen Verknüpfungspunkte deutlich.

Das Bundesamt schafft grundlegende Bedingungen für eine erfolgreiche Integration. Zahlreiche Programme zur sprachlichen, gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern sind bei uns gebündelt. Im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes, das auch staatliche Integrationsangebote regelt, wurden dem Bundesamt u.a. folgende Aufgaben übertragen:

- Die Integrationskurse für Zuwanderinnen und Zuwanderer werden vom Bundesamt entwickelt und durchgeführt.
- Das Bundesamt zeichnet verantwortlich für die Neuausrichtung der Migrationserstberatung.
- Projekte zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern werden gefördert.
- Das Bundesamt arbeitet der Bundesregierung auf dem Gebiet der Integrationsförderung fachlich zu und entwickelt ein bundesweites Integrationsprogramm.
- Zuwanderinnen und Zuwanderer werden durch die Bereitstellung von Informationsmaterialien über Integrationsangebote von Bund, Ländern und Kommunen informiert.

Zur Umsetzung dieser Aufgaben erweist sich die Nutzung der dezentralen Struktur des Bundesamtes als ideale Basis. Um die länderspezifischen Gegebenheiten sowie die Interessen auf regionaler und kommunaler Ebene hinreichend berücksichtigen zu können, wurden in 23 Außenstellen, bundesweit so genannte Regionalstellen eingerichtet. Hier sind derzeit 110 Regionalkoordinatoren und Regionalkoordinatorinnen tätig, die bei ihrer Arbeit von über 50 Teamassistenten und Teamassistentinnen unterstützt werden. Da ich gebeten worden bin,

in meinem Beitrag besonders auf die Funktion und Kompetenzen der Regionalkoordinatoren/innen in vernetzten lokalen Strukturen der Integration einzugehen, werde ich auf die konkreten Tätigkeiten der ReKos, wie meine Kolleginnen und Kollegen auch verkürzt genannt werden und von denen einige an dieser Tagung teilnehmen, gleich zu sprechen kommen.

Im Bereich der Integration hat sich auf allen Ebenen die Einsicht, auch, wie oben bereits erwähnt, angesichts knapper werdender Ressourcen inzwischen durchgesetzt, dass gemeinsames Handeln in Netzwerken sinnvoll und effizient sein kann. Statt vereinzelt und in Abgrenzung zu anderen zu arbeiten, sollten sich die an der Integration Beteiligten vor Ort zusammenschließen, ihre Ressourcen bündeln und Probleme gemeinsam angehen.

Netzwerke, Runde Tische, Bündnisse für Integration, oder wie sonst diese Zusammenschlüsse auch genannt werden, sollen die Integrationsmaßnahmen vor Ort im Sinne einer effizienteren Nutzung der Ressourcen koordinieren, ihnen ein größeres Gewicht verleihen und die Nachhaltigkeit der Maßnahmen fördern.

Es gibt gute Gründe für die Bildung von Netzwerken:

- Netzwerke auf kommunaler Ebene oder Kreisebene analysieren sachnah die Probleme vor Ort und erarbeiten kompetente Lösungen.
- Netzwerke bündeln die Kräfte aller am Integrationsprozess beteiligten Stellen und gewährleisten damit eine umfassende Abstimmung aller Integrationsmaßnahmen und dadurch auch die Zusammenarbeit zwischen den Migrationsdiensten und den allgemein sozialen Diensten.
- Netzwerke gewährleisten die Verankerung im Gemeinwesen und begleiten die Integrationsaktivitäten.

Auch in den Ländern wird angesichts der Neustrukturierung der Integrationsförderung die Notwendigkeit der Einrichtung von Netzwerken erkannt und unterstützt. Am Beispiel des Entwurfs eines Rahmenkonzepts für die aus Landesmitteln geförderte Migrationsberatung in Bayern, lässt sich die beabsichtigte Umsetzung dieser Erkenntnisse verdeutlichen.

Dort heißt es:

„Die Migrationsangebote der Wohlfahrtsverbände (Migrationserstberatungsstellen, Jugendmigrationsdienste, Rückkehrberatung u. a.) an einem Standort bzw. in einer Region werden stärker als bisher miteinander vernetzt

und kooperieren darüber hinaus mit weiteren im Rahmen der Migrationsarbeit wichtigen Institutionen wie Kommune, Sprachkursträger, Ausländerbehörde, Regionalkoordinatoren/innen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Arbeitsagentur (Jobcenter und Arbeitsgemeinschaften bzw. optierende Kommunen). Das Netzwerk ist ein Verbund der regional tätigen Akteure und hat das Ziel, für alle bleibeberechtigten Migrantinnen und Migranten eine oder mehrere Anlaufstellen für die Integrationsberatung zu benennen, den fachlichen Informations- und Erfahrungsaustausch zu verbessern, die Arbeit in gemeinsamen Handlungsfeldern zu koordinieren und Synergieeffekte zu bewirken. Zu diesem Zweck werden regelmäßige „Integrationskonferenzen“ zum Informations- und Erfahrungsaustausch der regionalen Akteure durchgeführt. Aufgaben des Netzwerkes sind insbesondere:

- Absprachen auf örtlicher Ebene über die Arbeitsteilung im Netzwerk, Abstimmung gemeinsamer Strategien und Projekte und Besprechung gemeinsamer Anliegen gegenüber Politik und Verwaltung;
- Sensibilisierung anderer Dienste, Einrichtungen, Organisationen und Behörden für institutionelle und strukturelle Diskriminierung sowie Abbau von Zugangsbarrieren,
- Verbesserung der Information über Neuregelungen und Praktiken der öffentlichen Verwaltung, der Arbeitsagentur und der Ausländerbehörde,
- Erstellung und Bekanntmachung einer Übersicht über die an einem Standort, in einer Region vorhandenen Angebote, insbesondere im Bereich der Sprachkurse und der Integrationsberatung.“

Auf kommunaler Ebene hat sich diese Erkenntnis schon länger durchgesetzt. So heißt es bereits 2001 in dem Integrationskonzept der Stadt Stuttgart, dem gerade erst ausgezeichneten Preisträger des Wettbewerbs des BMI und der Bertelsmann Stiftung „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“:

„Integrationsarbeit“ als kommunale Querschnitts- und Gesamtsteuerungsaufgabe erfolgt in Zusammenarbeit aller beteiligten Instanzen: städtische Ämter und Organisationen der freien Träger, Schulen und andere Bildungsstätten, Arbeitsagenturen, Unternehmen, Gewerkschaften, Sport- und Kulturvereine, Migrantenselbstorganisationen und ehrenamtlich tätige Bürgerinitiativen, Religionsgemeinschaften, Medien und politische Gremien sowie die Bürgerinnen und Bürger selbst“.

Zurück zur Ausgangsfrage: Welches sind nun

die Anforderungen, die an eine Vernetzung vor Ort zu stellen sind?

Grundmerkmale, die als wesentlich für ein funktionierendes Netzwerk angesehen werden, sind:

- Beteiligung möglichst aller auf kommunaler Ebene in der Integrationsarbeit Tätigen, einschließlich der zivilgesellschaftlichen Akteure mit und ohne Migrationshintergrund,
- Einbindung der Kommune,
- Institutionalisierung.

So unterschiedlich bei Netzwerken auch die Rahmenbedingungen, strukturellen Ausprägungen sowie die Anzahl und Art der Akteure im Einzelnen sind, gibt es doch einige Faktoren, die beim erfolgreichen Aufbau von Netzwerken eine bedeutende Rolle spielen:

Am Beginn einer erfolgreichen Arbeit steht bei allen Netzwerken eine möglichst genaue Analyse der Ausgangsposition. Zentrale Fragen sind u.a.: Wer ist bisher in der Integrationsarbeit tätig? Welche Angebote gibt es? Decken sie den Bedarf? Entsprechen sie dem Bedarf? Welche Probleme und welche Chancen bestehen bei der Koordination und Zusammenarbeit der verschiedenen Maßnahmenträger? Wer bringt welche Kompetenzen mit ein?

Frühzeitig sind Ziele des Netzwerkes sowie dessen Strukturen bestimmt und zum Teil in Geschäftsordnungen verbindlich geregelt worden. Dabei soll der Nutzen der Netzwerkarbeit für alle Beteiligten und die Zielgruppe deutlich geklärt werden. Neben dem Globalziel, dass im Netzwerk alle gesellschaftlichen Gruppen einer Kommune im Bereich der Integration zusammenwirken und auf die Adressatengruppe zugeschnittene Lösungsansätze entwickeln, ist eine weitere Konkretisierung von Zielen notwendig. So finden sich z. B. in Zielkatalogen von Netzwerken auch die Absichten, die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung gegenüber Zuwanderern durch geeignete Projekte und Öffentlichkeitsarbeit zu fördern und das Selbsthilfepotential von Zuwanderern zu stärken.

Bezüglich der Strukturen müssen von den Netzwerken insbesondere folgende Fragen beantwortet werden: Wer wird beteiligt? Wie oft und in welcher Form treffen sich die Netzwerkteilnehmer/innen? Wie wird entschieden? Wie wird die Arbeit aufgeteilt, um den persönlichen und zeitlichen Aufwand der beteiligten Akteure möglichst effektiv zu gestalten? Wie ist der Informationsfluss zwischen den Akteuren geregelt?

Es sollen möglichst alle in der Integrationsarbeit tätigen Organisationen und Personen beteiligt werden. Netzwerke sollten für alle Migrantengruppen offen sein. Die Einbeziehung kommunaler Stellen ist für alle Netzwerke eine

wichtige Voraussetzung. Wichtig ist auch die Kultur des Umgangs, den Städte, Gemeinden und Landkreise mit den Zuwanderinnen und Zuwanderern pflegen. Wenn Zuwanderer/innen zu Objekten von Integrationsbemühungen öffentlicher Stellen gemacht werden, endet die Eigeninitiative. Aber wenn Initiativen von Zugewanderten sich in die kommunalen Integrationsvorhaben mit eigenen Ideen, Vorstellungen und Forderungen einschalten, wenn sie aktiv an Entwicklungen und Integrationskonzepten mitwirken, können diese zum Erfolg führen. Das Bewusstsein, durch die verschiedenen Integrationsangebote nicht nur gefördert zu werden, sondern auch selbst gefordert zu sein, sich aktiv am Integrationsprozess zu beteiligen, ist notwendig.

Die Zusammenarbeit verschiedenster Akteure in Netzwerken birgt immer auch ein Konfliktpotential in sich, das sich beispielsweise aus divergierenden Interessenschwerpunkten und der Konkurrenz um finanzielle Mittel speist. Schon zu Beginn der Arbeit sollte verbindlich festgelegt werden, wie man innerhalb des Netzwerkes mit Konflikten umgeht.

Möglichst früh sollte das Netzwerk an die Öffentlichkeit gehen, um dadurch bekannter zu werden und für sich werben zu können. Der Weg in die Öffentlichkeit führt nicht nur über Pressemitteilungen, sondern auch über Fachtagungen, die initiiert und durchgeführt von Promotoren einer Netzwerkidee, wichtige Impulse für den Start eines kommunalen Netzwerkes geben können.

Bevor ich nun darauf eingehe, welche Funktionen und Kompetenzen die Regionalkoordinatoren/innen in vernetzten lokalen Strukturen der Integration derzeit haben, gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick.

Mit der im Zuwanderungsgesetz festgelegten Übernahme der Verantwortlichkeit für die Integrationsförderung des Bundes durch das Bundesamt, haben sich für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Aufgaben und Herausforderungen eröffnet. Dazu war eine erhebliche inhaltliche Neuorientierung unerlässlich. Denn bereits im Vorfeld wurden in der Öffentlichkeit Zweifel daran formuliert, ob man den Mitarbeitern/innen einer Behörde, die sich Jahrzehnte lang ausschließlich mit Asyl beschäftigt hat, weitreichende Kompetenzen im Bereich der Integrationsförderung von auf Dauer in Deutschland lebenden Zugewanderten anvertrauen könne.

Diese Skepsis konnte aber bereits nach kurzer Zeit ausgeräumt werden, da von Anfang an eine für die erfolgreiche praktische Umsetzung der dem Bundesamt übertragenen Aufgaben wesentliche Rahmenbedingung, nämlich die Beteiligung der Länder, Kommunen und ande-

rer Akteure beachtet wurde und die Regionalkoordinatoren/innen und ihre Assistenten/innen die neuen Aufgaben mit großer Ernsthaftigkeit und nicht geringerem Engagement angegangen sind.

Da Integration dort stattfindet, wo die Lebensumstände es erfordern, vor Ort, in den Kommunen und Stadtteilen, kann sich das Bundesamt seine dezentrale Struktur und Präsenz in jedem Bundesland hervorragend zu Nutzen machen. Wir nutzen die kurzen Kommunikationswege und die Regionalkoordinatoren/innen des Bundesamtes stehen im persönlichen Kontakt zu kommunalen Partnern, Landesbehörden und Projektträgern.

Seit Oktober 2004 wurden die Referatsleiter, die Regionalkoordinatoren/innen und die Teamassistenten/innen der jetzigen Regionalstellen durch Dozenten/innen der Integrationsabteilung auf die Übernahme der neuen Aufgaben vorbereitet. Schwerpunkt der Schulungen waren das Konzept der Integrationskurse sowie die Umsetzung der Integrationskursverordnung. Zusätzlich wurden die Aufgabenbereiche der Migrationerstberatung und Projektförderung als flankierende Maßnahmen vorgestellt.

Diese Grundschulungen wurden bis März 2005 fortgeführt, um auch alle künftigen Regionalkoordinatoren/innen zu erreichen und hier einen gleichwertigen Kenntnisstand sicherzustellen. Ende März 2005 erfolgte eine erste gemeinsame Schulung aller Regionalkoordinatoren/innen zum Zulassungsverfahren von Sprachkursträgern.

Seit Jahresbeginn lag der Schwerpunkt der Tätigkeit zunächst darin, in Kooperation mit den externen Partnern einen reibungslosen Start der Integrationskursmassnahmen sicher zu stellen. Dies ist gelungen. So konnten durch das Bundesamt bis zum Ende letzter Woche insgesamt rund 61.000 sogenannte Bestandsausländer/innen, also bereits länger in Deutschland lebende Ausländer/innen zur Teilnahme an Integrationskursen zugelassen werden. Nimmt man die Zahl der durch das BVA zugelassenen Spätaussiedler/innen und die durch die Ausländerbehörden Bestätigten und Verpflichteten hinzu, so verfügen heute insgesamt rund 110.000 Personen über eine Zulassungsberechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs. Über 3.400 Integrationskurse haben begonnen.

Der/die Regionalkoordinator/in als ‚Fallmanager/in vor Ort‘ ist derzeit u.a. für folgende Aufgaben zuständig:

- die Information und Beratung von Ausländerbehörden, Kursträgern, Kommunen, Jobagenturen sowie den Sozial- und Jugendbehörden im Hinblick auf die Durchführung der Integrationskurse,

- die Feststellung des örtlichen Bedarfs für Jugend-, Frauen- und Alphabetisierungskurse,
- die Prüfung von Anträgen auf Fahrtkostenzuschüsse,
- die Prüfung von Anträgen auf Befreiung von Kostenbeiträgen,
- die Durchführung des Zulassungsverfahrens von Integrationskursträgern,
- die Durchführung von Integrationskursprüfungen / Qualitätskontrolle der Kursträger,
- den Aufbau von bzw. die Mitarbeit in einem Netzwerk von Kursträgern,
- die Gewährung von Hilfestellungen bei der Vermittlung von Kinderbetreuungsangeboten (während des Integrationskurses) in Zusammenarbeit mit der MEB, den Integrationskursträgern und den kommunalen Ansprechpartnern/innen,
- die Mitwirkung bei Kontrollen/Prüfungen der vom Bund finanzierten Beratungsstrukturen,
- den Aufbau und die Pflege von Kontakten zu den mit Integrationsaufgaben befassten Institutionen auf Landes- und kommunaler Ebene (Ausländerbeauftragte, Landesministerien, Kommunalverwaltungen, Träger der freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften, Kirchen etc.),
- die selbstständige und eigenverantwortliche Fertigung von wissenschaftlichen Analysen zu integrationspolitischen Fragestellungen z. B. zum für das Integrationsprogramm, sowie die Erstellung von Beiträgen zur fachlichen Zuarbeit für die Bundesregierung auf dem Gebiet der Integrationsförderung,
- die Bedarfsanalyse zu Umfang und Art der von der zuständigen Regionalstelle aktiv zu betreibenden Informationsvermittlung sowie
- die Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen, Tagungen, Besprechungen etc.

Zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrages ist die intensive Zusammenarbeit mit Sprachkursträgern, Behörden auf Landes- und Kommunalebene, Arbeitsagenturen, karitativen Verbänden sowie den Migrationserstberatungsstellen und den Jugendmigrationsdiensten eine grundlegende Voraussetzung. Die intensive Kommunikation zwischen Regionalstellen und allen anderen beteiligten Stellen sowie das von den verschiedenen Integrationspartnern einheitlich als angenehm und zielorientiert bewertete Arbeitsklima, lassen auf die einhellige Akzeptanz schließen. Die Regionalkoordinatoren/innen tragen dem hohen Informations- und Abstimmungsbedarf zwischen den Beteiligten in jedem Bundesland Rechnung.

Für den regelmäßigen Informationsaustausch

und einen reibungslosen Verfahrensablauf stellt ein in der Zentrale eigens eingerichtetes Referat aktuell einheitliche Informationen bereit, nimmt die fachliche Begleitung wahr, koordiniert Fortbildungen und bereitet Anregungen aus den Regionalstellen systematisch auf. Um den Informationsfluss in beide Richtungen effektiv und zielgenau zu gestalten, wurde in der Zentrale ein Qualitätszirkel eingerichtet. Dieser erörtert in regelmäßigen Sitzungen aktuelle Fragen und strebt Lösungen an, die anschließend in die Regionalstellen kommuniziert werden. Der Qualitätszirkel wird seinem Anspruch aber auch dadurch gerecht, dass er überdies als Diskussionsforum der Fachreferate zur Verbesserung von bisherigen und zur Entwicklung neuer Verfahrensweisen dient.

Durch die sinnvolle Verzahnung von Regionalstellen und zentralen Fachreferaten ist es gelungen, die Fachkompetenz des Bundesamtes zeitnah und effektiv an die Orte des Geschehens zu transportieren und gleichermaßen Rückkoppelungen der Integrationspartner/innen vor Ort umgehend aufzugreifen und in die konzeptionelle Arbeit einfließen zu lassen.

An drei Beispielen möchte ich Ihnen nun die Funktionen und die Kompetenz der Regionalkoordinatoren/innen in lokal vernetzten Strukturen verdeutlichen. Ich beginne mit den Integrationskursen. Dieses Beispiel zeigt auch gleich Grenzen der Tätigkeit der Regionalkoordinatoren/innen auf.

Eine Tätigkeit ist zunächst die Zulassung der so genannten Bestandsausländer und ausländerinnen nach § 44 Abs. 4 AufenthG, die in den Regionalstellen vorgenommen wird.

Wie Sie wissen, ist der Integrationskurs modular aufgebaut, das heißt, die Teilnehmer/innen können, je nach deutschsprachigen Vorkenntnissen, in unterschiedlichen Modulen den Kurs beginnen. Auch gibt es Kurse für spezielle Zielgruppen, Jugendintegrationskurse, Eltern- bzw. Frauenintegrationskurse und Kurse zur Alphabetisierung. Dies führt insbesondere in nichtstädtischen Regionen dazu, dass Kurse nicht starten können, da die angemeldete Teilnehmerzahl zu gering ist.

Das Bundesamt ist den Kursträgern gegenüber zur Neutralität verpflichtet, die Regionalkoordinatoren/innen können also keine direkte Zuweisung der Teilnehmerinnen in bestimmte Kurse vornehmen und somit steuernd eingreifen. Was Sie aber tun können und auch tun ist, sie können die Träger an einen Tisch holen und auf eine Verständigung untereinander hinwirken. Und sie berichten den Fachreferaten in Nürnberg von den Problemen vor Ort. Diese können dann, häufig in Abstimmung mit dem BMI, bundeseinheitliche Lösungen anstreben. Als zweites Beispiel nenne ich die Migrations-

beratung, ein wesentlicher Baustein der Integrationsförderung.

Unter Einbeziehung der Vorgaben des Zuwanderungsgesetzes für den Bereich der Integrationsförderung haben die Strukturen der bundesgeförderten Migrationsberatungsangebote sowohl für den Bereich der erwachsenen als auch der jugendlichen (Neu-) Zugewanderten zum 01.01.2005 eine Neuausrichtung erfahren.

Bundesinnen- und Bundesfamilienministerium hatten sich im Oktober 2004 im Rahmen einer Ressortvereinbarung u.a. darauf verständigt, das Beratungsangebot für erwachsene Zuwanderer/innen beim BMI/Bundesamt zusammenzuführen (Migrationserstberatung/MEB), das spezielle Beratungsangebot für jugendliche bzw. junge erwachsene Zugewanderte weiterhin in der Zuständigkeit des BMFSFJ zu belassen (Jugendmigrationsdienste/JMD) und sich zukünftig im Wege einer engen Kooperation u.a. zu strukturellen, methodischen und inhaltlichen Fragen der Beratungsangebote abzustimmen.

Im Rahmen der ReKo-Schulung wurden den Regionalkoordinatoren/innen am 01.04.2005 Grundinformationen zu allen Aspekten der bundesgeförderten Migrationsberatung vermittelt. Sowohl von Seiten des Bundesamtes als auch der anwesenden Vertreter/innen des BMFSFJ wurde dabei betont, dass es in der täglichen praktischen Zusammenarbeit aller Beteiligten ‚vor Ort‘ darauf ankomme, das bundesfinanzierte Migrationsberatungsangebot als Ganzes wahrzunehmen und auch als solches in die erforderlichen Kommunikations- und Kooperationsprozesse einzubeziehen. Ziel soll es sein, die vom Bund bereitgestellten Beratungsressourcen optimal zu nutzen und an die regional vorhandenen Strukturen anzubinden.

Dabei sollen die Regionalkoordinatoren/innen zukünftig ein verstärktes Augenmerk auf die jeweiligen regionalen Beratungsangebote für Migranten/innen richten, nach Möglichkeit aktiv auf alle in diesem Sektor tätigen Institutionen und Organisationen zugehen sowie deren Bereitschaft zu gegenseitiger Kommunikation und Kooperation fördern.

Unter Berücksichtigung des Stellenwertes, den eine gezielte Migrationsberatung im Kontext der Integrationsförderung hat, soll das Thema in naher Zukunft auch Bestandteil der geplanten Regionalkonferenzen und themenspezifischer Workshops sein. Den Regionalkoordinatoren/innen werden sowohl generell als auch situationsbezogenen Informationen zum Thema zur Verfügung gestellt.

Die Regionalkoordinatoren/innen sollen einen intensiven, unmittelbaren Kontakt zu den regionalen Beratungseinrichtungen pflegen

und nehmen aktiv an den Gesprächsrunden aller im Bereich der Integrationsförderung vor Ort tätigen Akteure teil. Ziel ist es, die Zusammenarbeit aller Beteiligten auf regionaler Ebene zu optimieren, insbesondere das Know-how und die Ressourcen der Akteure zu erschließen, aufeinander abzustimmen und optimal zu nutzen. In diesem Zusammenhang wird durch Regionalkoordinatoren/innen auch aktiv darauf hingewirkt, dass vor Ort bestehende Informationsangebot für die Zuwanderer/innen auf die neuen Anforderungen der Integrationsförderung auszurichten.

Die o.a. Gesprächsrunden, die Beratungsstatistiken/Sachstandsberichte und die durch die Regionalkoordinatoren/innen vor Ort gewonnenen Erkenntnisse werden erste konkrete Hinweise auf eine mögliche Weiterentwicklung der Neukonzeption der Migrationsberatung geben; geplant ist eine externe Evaluation der bundesgeförderten Beratungsstrukturen ab 2006.

Ein Beispiel für zukünftige ReKo-Tätigkeit: Integrationskurs ergänzende Maßnahmen.

Die mit In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes eingeführten Integrationskurse und die neu konzipierte Migrationsberatung sind Kernelemente der neuen Integrationspolitik des Bundes. Dieses Angebot an integrationsfördernden Maßnahmen kann allein jedoch keine erfolgreiche Integration bewerkstelligen beziehungsweise garantieren. Vor allem in den Handlungsfeldern der schulischen und beruflichen Qualifizierung sowie der sprachlichen, der gesellschaftlichen und sozialen Integration sind weitere Maßnahmen notwendig, die in Abstimmung mit den Integrationskursen und den Zielen der Migrationsberatung den Eingliederungsprozess von Zugewanderten individuell und bedarfsgerecht fördern. Auch hier ist eine enge Kooperation und Vernetzung aller im Bereich der Integrationsförderung tätigen Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie der privaten Träger und Migrantenselbstorganisationen notwendig. Für eine nachhaltige Integration von Zuwanderern/innen müssen Synergieeffekte im konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Bereich geschaffen und genutzt werden.

Das Bundesamt arbeitet derzeit an einem Konzept für integrationskursergänzende Maßnahmen, auch „Verbundprojekte“ genannt, auf dessen Basis das Integrationskursumfeld gestaltet werden soll. Unter Verbundprojekten werden alle diejenigen Projekte und Maßnahmen verstanden, die konzeptionell auf den Integrationskurs zugeschnitten sind beziehungsweise auf dessen Inhalten und Zielen systematisch aufbauen. Sie sollen Migrationsberatung und Integrationskurse darin unter-

stützen, (Neu-) Zugewanderten auf Basis ihrer persönlichen Fähigkeiten zu selbstständigem Handeln im Alltagsleben der Aufnahmegeellschaft zu befähigen und insgesamt eine aufeinander aufbauende und in sich stimmige Integrationsförderung gewährleisten. Als Verbundprojekte kommen sowohl bereits in der Praxis bewährte Maßnahmen in Frage als auch neu konzipierte Förderangebote. Grundsätzlich sind dabei drei Maßnahmebereiche zu unterscheiden:

- vorlaufende Maßnahmen, das heißt, Projekte die zum Integrationskurs hinführen, etwa vorbereitende niederschwellige Sprachförderangebote;
- flankierende Maßnahmen, darunter sind Projekte zu verstehen, die zeitlich parallel zum Integrationskurs laufen, beispielsweise Maßnahmen zur schulischen Qualifizierung oder beruflichen Orientierung sowie
- Anschlussmaßnahmen, das heißt, Projekte die gezielt auf den im Integrationskurs vermittelten Kenntnissen aufbauen, wie weiterführende berufsspezifische Sprachkurse, Bewerbungstrainings oder Jahrespraktika.

In Verbindung mit der Migrationsberatung bilden die drei Maßnahmebereiche eine modulare Struktur um den Integrationskurs. Der Beratung kommt dabei eine steuernde Funktion zu. Im Sinne eines professionellen Case-Managements soll – möglichst unmittelbar nach erfolgter Zuwanderung – mit jedem Migrant und jeder Migrantin ein individueller Förderplan erarbeitet werden, der sich je nach Potenzialen, Interessen und Qualifizierungs beziehungsweise Integrationsbedarf aus verschiedenen Maßnahmen (Module) der oben genannten drei Bereiche zusammensetzen kann. Die Umsetzung dieses modularen Förderplans wird von der jeweiligen Beraterin bzw. dem jeweiligen Berater gesteuert und hinsichtlich der damit verbundenen Zielsetzung bewertet.

Die Konzeptidee ist erstmals am 31. Mai 2005 anlässlich eines Runden Tisches im Bundesamt zum Thema „integrationskursergänzende Maßnahmen“ mit verschiedenen Akteuren der Integrationsförderung diskutiert worden. Es ist geplant, die Konzeption mit Folgeveranstaltungen unter Einbeziehung weiterer Akteure weiter zu entwickeln. Auch hier werden die Rekos eine aktive Rolle einnehmen.

Angesichts dieser gelebten Praxis darf ich jetzt schon sagen, dass sich der Bereich Integration in kürzester Zeit von einer offensiv angenommenen Herausforderung zu einem soliden und selbstverständlichen Handlungsfeld des Bundesamtes entwickelt hat, bei dem sich „die Mitarbeiterin/der Mitarbeiter vor Ort“ als unverzichtbarer Teil der Integrationsförderung etabliert hat.

Mittlerweile vernetzen sich die bereits frühzeitig geknüpften Kontakte, Vertreter/innen der Regionalstellen werden regelmäßig zur Teilnahme an regionalen Informationsveranstaltungen und Arbeitsbesprechungen mit den am Verfahren Beteiligten gebeten. Durch die Regionalstellen initiierte Informationsveranstaltungen und Gesprächsrunden sind ausdrücklich erwünscht und erfreuen sich regen Interesses. Insgesamt zeichnet sich eine beginnende Konsolidierung der erfolgreich begonnenen Arbeit ab, die sich künftig verstärkt auf den Dialog mit den Integrationspartnern/innen zur gemeinsamen Entwicklung von Konzepten für das weitere Verfahren sowie eine sinnvolle Verknüpfung von Integrationsangeboten richten wird.

Auf die Regionalkoordinatoren und -koordinatorinnen wird künftig also immer mehr die Aufgabe zukommen, bei der Koordinierung und Vernetzung der Integrationsaktivitäten vor Ort mitzuwirken.

Kontakt:

*Detlef Bröker
Bundesamt für
Migration und
Flüchtlinge
Regionalkoordina-
tion der Integration
90343 Nürnberg
Fon: 09119435202
Email:
Detlef.Broeker@
bamf.bund.de*

Die Stuttgarter Strategie kommunaler Integrationspolitik

Im Wettbewerb mit 107 Kommunen wurde am 13.06.2005 die Landeshauptstadt Stuttgart gemeinsam mit der Stadt Solingen, der Gemeinde Belm und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg mit dem Integrationspreis der Bertelsmann-Stiftung ausgezeichnet.

Vor diesem Hintergrund haben unser Oberbürgermeister Herr Wolfgang Schuster, der Leiter der Stabsstelle Integrationspolitik Herr Gari Pavkovic und Gemeinderäte in den letzten Tagen mehrfach die erfolgreiche Integrationspolitik der Stadt Stuttgart erklärt und gewürdigt.

Was macht Stuttgart anders? Was macht Stuttgart besser?

Im Folgenden werde ich versuchen, einige Eckpunkte des Stuttgarter Konzeptes zu erläutern, welche aus Sicht der Migrationsdienste einer erfolgreichen und zukunftsweisenden Integrationspolitik zu Grunde liegen.

Der Paradigmenwechsel begann im Jahr 2000, als innerhalb der Stadtverwaltung die Dienststelle des damaligen Ausländerbeauftragten aus dem Geschäftskreis „Soziales, Jugend und Gesundheit“ zum Geschäftskreis des Oberbürgermeisters wechselte und in „Stabsabteilung für Integrationspolitik (S-IP)“ umbenannt wurde. Der Wechsel vom „Ausländerbeauftragten“ zum „Integrationsbeauftragten“ war somit der erste Schritt, weg von der Ausländerpolitik und hin zur Integrationspolitik.

Bereits in den ersten Monaten nach Amtsantritt erarbeitete die Stabsabteilung für Integrationspolitik gemeinsam mit Migrantenorganisationen, den Migrationsdiensten der freien Träger und weiteren im Bereich der Integration tätigen Stuttgarter „Akteuren“ eine Gesamtstrategie kommunaler Integrationspolitik. Diese Stuttgarter Konzeption wurde in allen Gemeinderatausschüssen vorbesprochen und 2001 unter dem Titel „Ein Bündnis für Integration“ vom Gemeinderat verabschiedet. Seither wird diese Konzeption als Grundlage Stuttgarter Integrationspolitik prozesshaft in vielen Handlungsfeldern und Bereichen des öffentlichen Lebens stetig verankert, umgesetzt und weiterentwickelt. Eine Vielzahl konkreter Maßnahmen und Projekte wurde in den letzten Jahren auf der Grundlage dieses Konzeptes initiiert.

Beispielhaft erwähnen möchte ich hier:

- Das flächendeckende Angebot von Sprach- und Integrationskursen sowie die Projekte „Mama lernt Deutsch“ in den Stuttgarter Stadtteilen. Dies ist ein alternatives Angebot für alle Migranten/innen die aus unterschiedlichen Gründen nicht an den Deutschkursen nach dem Zuwanderungsgesetz teilnehmen können. Unter Federführung von der Stabsabteilung für Integrationspolitik und finanziert aus kommunalen Mitteln sind diese Kurse vorwiegend an Schulen in den Stuttgarter Stadtteilen verortet.
- Die „Leitlinien zur Integration und interkultureller Orientierung der Kinder- und Jugendhilfe in Stuttgart“. Ein Entwurf dieser „Leitlinien“ wurde von der Zentralen-Träger-Konferenz der Stuttgarter Jugendhilfeplanung bereits letztes Jahr mit allen öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe diskutiert und weiterentwickelt. Die von allen gemeinsam getragene Endfassung wurde in allen Gemeinderatsausschüssen vorbesprochen und im April 2005 vom Gemeinderat verabschiedet. Nunmehr wurde unter der Federführung des Jugendamtes Stuttgart ein „Fach-Arbeitskreis“ zur Umsetzung dieser Leitlinien einberufen, der im Herbst 2005 seine Arbeit aufnimmt.
- Der Internationale Ausschuss in Stuttgart ist das Nachfolgegremium des Stuttgarter „Ausländerausschusses“ und wurde im Januar 2005 einberufen. Auf Initiative des Gemeinderates und unter Federführung der Stabsabteilung für Integrationspolitik wurde (aufgrund der geringen Wahlbeteiligung der letzten Jahre) die Direktwahl der Ausländerbeiräte abgeschafft. In einem neuen Modell werden neben den gewählten Gemeinderäten sachkundige Einwohner/innen – vorwiegend mit Migrationshintergrund – vom Oberbürgermeister in den Internationalen Ausschuss berufen. Der Ausschuss hat gegenüber dem Gemeinderat eine beratende Funktion, insbesondere bezüglich aller Migrations- und Integrationsrelevanten Themen.
- Das Modell der Integrationsbegleitung für Neuzugewanderte in Stuttgart. Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes wurden seitens des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bundesweit neue Stellen zur Migrationserstberatung für Neuzuwanderer/innen (MEB) eingerichtet. Die Jugendmigrationsdienste (JMD) sind Beratungsstellen für junge Neuzuwanderer/innen und bereits seit vielen Jahren vom BMFSFJ bezuschusst. Die Stuttgarter MEB und JMD sind bei insgesamt sechs freien Trägern angesiedelt. Ebenfalls seit Jahres-

anfang bieten 12 vom BAMF zertifizierte Bildungsträger Deutschkurse für Neuzugewanderte gemäß § 44 AufenthG an. Die Teilnahmeberechtigung/Verpflichtung für Integrationskurse von Neuzugewanderten erteilt die Stuttgarter Ausländerbehörde; die Berechtigung der Aussiedler/innen erteilt das BVA in Friedland; die Berechtigung für bereits länger hier lebenden Migranten/innen erteilt die Regionalkoordination des BAMF in Reutlingen und ALG II Bezieher/innen werden von den Job-Centern der ARGE zur Teilnahme verpflichtet. Bei dieser Vielzahl von Zuständigkeiten und Angeboten war eine Strukturierung der (Erst-) Integrationsbegleitung zum Zwecke der Übersicht und des „sich Zurechtfindens“ für Neuzugewanderte, aber auch der bereits länger hier lebenden Migranten/innen, unerlässlich. Unter der Federführung der Stabsabteilung für Integrationspolitik konstituierte sich bereits im Januar 2005 das sogenannte „Kooperationsnetz Integrationskurse“ unter Beteiligung der Bildungsträger, der MEB/JMD Träger, der Regionalkoordination des BAMF/Reutlingen, der Stadt Stuttgart (Ausländerbehörde, Sozialamt, Job-Center). In gemeinsamer Absprache wurde in unmittelbarer räumlicher Nähe der Ausländerbehörde eine „Erstberatungsstelle“ für Neuzugewanderte und eine „Clearingstelle“ für bereits länger hier lebende Migranten/innen eingerichtet. Die „Erstberatungstelle“ obliegt den Trägern der MEB und JMD. (vgl. Abb. 1)

Die Stadt überlässt den Trägern entsprechende Räume und Anschlüsse an das kommunale Telefon und EDV-Netz. Die Beratungsstelle ist verbandübergreifend paritätisch besetzt und die Sprechzeiten richten sich nach den Öffnungszeiten der Ausländerbehörde. Neuzugewanderte die grundsätzlich einen Aufenthaltstitel seitens der Ausländerbehörde benötigen, werden von dieser auf die „Erstberatungsstelle“ hingewiesen. Das Aufsuchen der Erstberatungsstelle erfolgt freiwillig. Nach einem ersten Sondierungsgespräch erfolgt im Idealfall eine Orientierung zu einem geeigneten, zeitnah beginnenden Integrationskurs. Die Beratung und Begleitung der Migranten/innen während der Integrationskurse ist durch eine Absprache unter den Trägern der MEB/JMD und einer direkt zugeordneten Kooperationen mit einem oder mehreren Bildungsträgern gewährleistet. Die Begleitung der Kursteilnehmer/innen wird im Anschluss an die Deutschkurse vom jeweils mit dem Kursträger kooperierenden Träger des MEB/JMD fortgeführt. Die Erstberatung der Spätaussiedler/innen obliegt dem JMD/MEB im Übergangwohnheim in Stuttgart-Vaihingen. Die „Clearingstelle“ (siehe Abbildung 2) für bereits länger hier lebende Migranten/innen fällt in die Zuständigkeit des Sozialamtes. Räumlich im gleichen Gebäude wie die Erstberatungsstelle für Neuzugewanderte führt diese Einstufungstests im Auftrag der Ausländerbehörde und/oder der ARGE durch und vermittelt ebenfalls in einen geeigneten Integrationskurs. Eine weiterführende Begleitung bereits länger

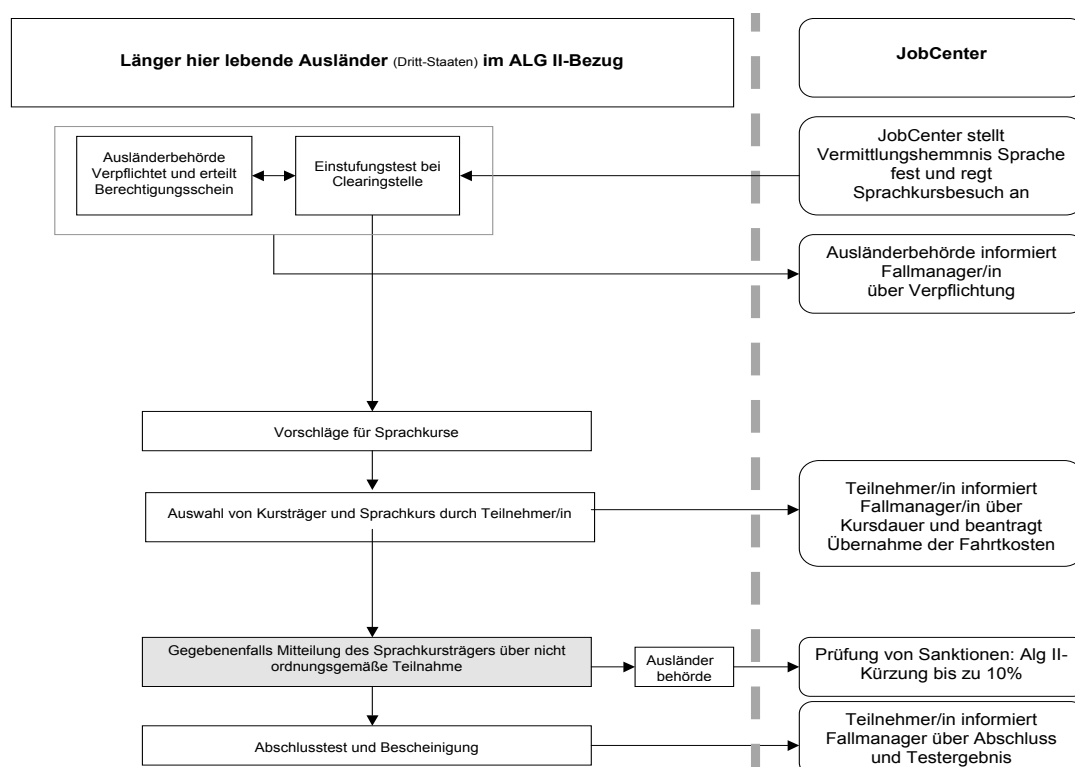


Abb. 1

hier lebender Migranten/innen im Anschluss an den Integrationskurs ist in Stuttgart nicht geregelt und wird nur in Ausnahmefällen seitens der MEB/JMD gewährleistet.

Sowohl die „Erstberatungsstelle“ als auch die „Clearingstelle“ werden seitens der Bildungsträger regelmäßig bezüglich ihrer jeweiligen Kursplanungen (Kursbeginn, Kursort, zielgruppenspezifische Kursangebote, Kursstufen/Module, Unterrichtszeiten) informiert, um somit eine zeitnahe Orientierung in einen geeigneten Integrationskurs zu gewährleisten. Eine entsprechende Absprache unter den Bildungsträger wäre wünschenswert, wird in Stuttgart jedoch nicht praktiziert. (vgl. Abb. 2)

Fazit:

Erfreulich an diesem oben beispielhaft genannten strukturellen Wandel der letzten Jahre in Stuttgart ist, dass dieser letztendlich Ausdruck und Konsequenz eines politischen Sinneswandels ist. Vor dem Hintergrund heutiger Zuwanderung und der 170 bereits in Stuttgart lebenden Nationen, verleihen hochrangige Stuttgarter Politiker/innen zwischenzeitlich öffentlich der Landeshauptstadt den Weltöffentlichkeit signalisierenden Namen: „Internationale Stadt Stuttgart“. Für den politischen Willen in Stuttgart „Betroffene zu Beteiligten zu machen“, spricht sicherlich auch der vom Oberbürgermeister wie folgt zitierte Perspektivenwechsel: „Wir haben uns von der Ausländerpolitik verabschiedet und uns der Integrationspolitik zugewandt.“

Kontakt:
 Georg Ceschan
 Leiter der Jugendmigrationsdienste der AWO Stuttgart
 Olgastr. 63
 70182 Stuttgart
 Fon: 07112106136
 Email: md.ceschan@awo-stuttgart.de

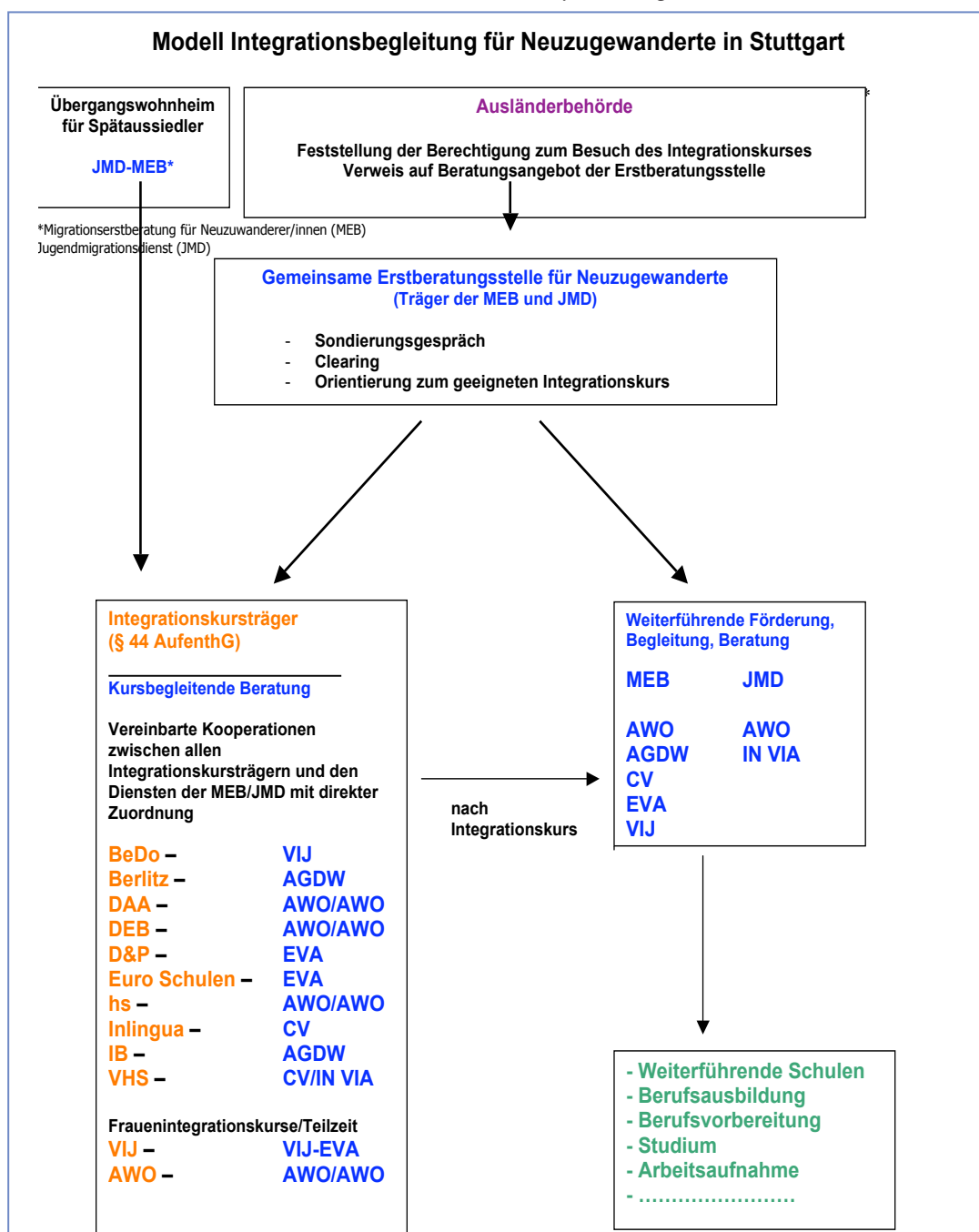


Abb. 2

Integrative Projekte im Rahmen des Programms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS)

Der CJD Jugendmigrationsdienst in Sulzbach-Rosenberg

Der Jugendmigrationsdienst (JMD) Sulzbach-Rosenberg, als Außenstelle des CJD Jugenddorfes Nürnberg ist zuständig in Sulzbach-Rosenberg, dem Landkreis Amberg-Sulzbach und der Stadt Amberg für die Beratung und Begleitung junger Migranten/innen im Alter von 12 bis 27 Jahren und deren Familienangehörigen.

Die Beratungsstelle will die Eingliederung der jungen Menschen fördern, unter Beibehaltung ihrer persönlichen und kulturellen Identität. Dabei ist wichtig, das Umfeld der Migranten/innen (z. B. die einheimischen Jugendlichen) mit einzubeziehen.

Schwerpunkte der Beratungsarbeit sind:

Einzelfallhilfe (Case-Management) z. B. bei schulischen, beruflichen, persönlichen, familiären Fragen und Problemen; Anerkennung von Zeugnissen, Schul- und Berufsabschlüssen; Vermittlung von Deutsch-Nachhilfe.

Gruppenarbeit z. B. im Bildungs- und Freizeitbereich, in Form von laufenden Gruppen (Mädchencomputerclub, Mädchengruppe, Spielegruppen, Bewerbungshilfen, Sozialtrainings), Wochenend- oder Ferienmaßnahmen zu bestimmten Themen.

Netzwerk- und Sozialraumarbeit, Öffentlichkeitsarbeit

Neben vielfältigen anderen Aufgaben, Aktivitäten und Projekten des Jugendmigrationsdienstes seien an dieser Stelle die zwei umfangreichsten Handlungsfelder genannt:

FaN-CLIK – Computercafé für Mädchen und Frauen

- Offener Betrieb:
Montag 15.00 – 18.00 Uhr
- Computerkurse für Mädchen und Frauen
- Sprachübungstraining am PC für Migranten/innen
Mittwoch 9.00 – 11.00 Uhr
- Mädchencomputerclub
Mittwoch 15.30 - 17.00 Uhr
- Mädchencomputernächte
- Trainingsstunden am PC
- Computertreff für jugendliche Migranten/innen
Donnerstag 15.00 – 18.00 Uhr

BMI-Projekt SILA (SILA = Stärke)

- S** = Selbstbewusstsein fördern
- I** = Integration ermöglichen
- L** = Lebensqualität steigern
- A** = Aktionen initiieren

- Entschärfung sozialer Konflikte durch aufsuchende Sozialarbeit
- Felder bieten, wo soziale Kompetenz erworben werden kann und
- eigenverantwortliches Handeln gefördert wird
- Einrichtung einer Fahrradwerkstatt
- Erlebnispädagogisch orientierte und kreative Angebote
- Lernen und Arbeiten am PC
- recherchieren, Region erkunden, Gestaltung eines Internetportals

Dieses Projekt wird gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aus Mitteln des Bundesinnenministeriums.

Sulzbach-Rosenberg/Stadtteil Rosenberg

Die Stadt Sulzbach-Rosenberg

- Sulzbach-Rosenberg, das einzige Mittelzentrum im Landkreis Amberg-Sulzbach, beherbergt ca. 21.000 Einwohner/innen.
- 1934 erfolgte der Zusammenschluss der Stadt Sulzbach mit der Gemeinde Rosenberg zur Doppelstadt.
- Nach dem 2. Weltkrieg sorgte ab 1945 der Flüchtlingsstrom für ein Anwachsen der Bevölkerung von ca. 11.000 auf 18.000 Einwohner/innen. Durch den Zuzug von Aussiedlern/innen aus der ehem. Sowjetunion wurde in den letzten Jahren die Einwohnerzahl von 21.000 deutlich überschritten.
- 1853 Gründung der Maxhütte, 1958/59 waren dort ca. 5000 Menschen beschäftigt.
- 1987 ersten und 1998 zweiten Konkurs angemeldet, September 2002 war die Neue Maxhütte endgültig gezwungen die Produktion einzuschränken, nur das Rohrwerk mit 450 Beschäftigten war zu retten.
- Durch Entstehung neuer Industriegebiete konnten in den letzten 20 Jahren 3000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 40 neue Firmen gegründet werden.
- Zahlreiche Schulen und Ausbildungseinrichtungen (Grund- und Haupt-, Förder-, Berufs-, Realschulen, Gymnasien, Altenpflegeschule) belegen die Bedeutung

Sulzbach-Rosenbergs als überregionale Schulstadt. Besonders erwähnenswert ist die oberpfälzische Berufsfachschule für Musik. 1990 eröffnete der Bayerische Staat den Ausbildungsstandort für die VII. Bereitschaftspolizei. Dieser wurde ergänzt durch die Errichtung der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege, Fachbereich Polizei. Damit wurde das Mittelzentrum Sulzbach-Rosenberg auch Hochschulstadt.

Stadtteil Rosenberg

- 2000 wurde „Rosenberg Ost“ und später „Rosenberg Ortskern“ in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen.
- Die Bevölkerung in beiden Gebieten beträgt ca. 1180 Personen (Stand 2001).
- Im Stadtteil befindet sich ein Übergangswohnheim mit ca. 450 Bewohnern/innen.
- Im Ortsteil befindet sich die Neue Maxhütte (NMH), die nicht mehr produziert.

Bevölkerungsstruktur

Durchschnittsalter der Bevölkerung

- Sulzbach-Rosenberg: 41,4
- Rosenberg Kern + Ost: 43,1
- Rosenberg Ost: 44,4

Geschlechterverteilung in der Bevölkerung

Der Frauenanteil beträgt im Stadtteil ca. 53 %. Im Vergleich zum gesamten Freistaat liegt er um 2,5 % höher.

Altersklassenanteil

Sulzbach-Rosenberg:	20 – 40-Jährige	25 %
	40 – 60-Jährige	25 %
Rosenberg:	20 – 40-Jährige	21 %
	40 – 60-Jährige	31 %
Bayern:	20 – 40-Jährige	29 %
	40 – 60-Jährige	26 %

Der Anteil der 20-40-Jährigen in der Bevölkerung der reproduktiv im Arbeitsleben tätig ist, ist in Rosenberg im Vergleich zu gesamt Bayern sehr gering.

Ausländeranteil

Bayern:	9,3 %
Sulzbach-Rosenberg:	4,4 %
Rosenberg:	3,1 %

Der Anteil der Spätaussiedler/innen in der Bevölkerung beträgt bezogen auf die gesamte Stadt ca. 14,5 %.

Bei dem Ausländeranteil ist ein Großteil der Spätaussiedler/innen nicht inbegriffen. Daher kann von dem niedrigen Ausländeranteil nicht auf geringe Integrationsanforderungen geschlossen werden.

Besonderer Entwicklungsbedarf im Stadtge-

biet (Kernprobleme)

- Hohe Emissionsbelastung (Luft- und Wasserverschmutzung, Lärm)
- Spannungen durch ÜWH zwischen den Bewohnern dieses Gebietes
- Kaum intakte Infrastruktur die von außerhalb genutzt wird
- Es droht Überalterung oder Gettoisierung durch Spätaussiedler
- Durch Konkurs der NMH droht Verödung besonders von Rosenberg Ost

Öffentliches Leben/Ressourcen

Vereinsleben

Ist erstaunlich vielfältig, ein nicht an Vereine gebundenes öffentliches Leben scheint es nicht zu geben (Feuerwehr, Sportvereine, Schützenverein, Knappnesia u.a.).

Gastronomie

Auffällig ist das Fehlen an Gasstätten und Thekenwirtschaften. Es fehlen informelle Treffmöglichkeiten, Vereine übernehmen oft „Wirtshausfunktionen“ hinderlich für Integrationschancen der Spätaussiedler/innen.

Treffpunkte

An bestimmte Angebote gebundene Treffpunkte gibt es nicht. Kinder und Jugendliche treffen sich privat (Einheimische) oder auf der Straße (Spätaussiedler/innen), dort werden diese als störend empfunden, für die Älteren gilt das Gleiche.

Integration: Chancen und Ressourcen

An der Integration sind in der Stadt und im Stadtteil fast alle Einrichtungen und Vereine beteiligt (mit mehr oder weniger großen Anteilen):

- Stadtverwaltung/kommunale Einrichtungen
- Schulen/Kindergärten/freie Bildungsträger
- Übergangswohnheim
- Beratungsstellen der Diakonie und Caritas
- Vereine
- Kirchen
- Ehrenamtliche
- CJD Jugendmigrationsdienst

LOS-Projekte des CJD JMD

Sulzbach-Rosenberg

RoSa – Rosenberger Schneideratelier

(Laufzeit 10.01. bis 30.06.2005)

Zielgruppe:

- arbeitslose Frauen und Mädchen mit mangelnden Sprachkenntnissen,
- Frauen ohne Anerkennung der Berufsqualifikation (z. B. Akademikerinnen, die oft Hilfsarbeiten annehmen),

- Langzeitarbeitslose und Leistungsbeziehenden sowie
- einheimische Interessierte.

Ziele:

- Die Teilnehmerinnen erhalten eine sinnvolle Beschäftigung.
- Erlernen von Kenntnissen und Fertigkeiten aus dem Schneiderhandwerk.
- Die Teilnehmerinnen sind in der Lage, kleine Änderungen bzw. Ausbesserungen an der Kleidung selbständig auszuführen.
- Es kommt zu einem Abbau von Vorurteilen.
- Das Projekt ist einer breiten Öffentlichkeit bekannt.
- Die Teilnehmerinnen werden aus der Isolation heraus gelöst, es gelingt ihnen Kontakte zu knüpfen.

Inhalt:

- Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten aus dem Schneiderhandwerk,
- Abändern und Ausbessern von Kleidungsstücken,
- besondere Aktivitäten wie Filzen, Kostüme nähen,
- Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen (Altstadtfest, Kirwa usw.) sowie
- Verkauf selbst gefertigter Artikel zu öffentlichen Veranstaltungen.

Kooperationen:

- Diakonisches Werk Sulzbach-Rosenberg, Migrationserstberatung: gemeinsame Konzipierung und Weiterentwicklung von Projekten, gemeinsame Durchführung und Teilnehmerinnenakquise,
- Werkhof der Diakonie: Mithilfe beim Betrieb der Einrichtung,
- Vernetzung mit dem örtlichen Faschingsverein „Knappnesia“ und anderen lokalen Initiativen,
- Einbindung in das örtliche Integrationsnetzwerk.

Flankierende Maßnahmen zur Förderung der schulischen und beruflichen Integration von jungen Migranten/innen

Zielgruppe:

- junge Migranten/innen mit mangelnden Sprachkompetenz,
- Jugendliche mit geringen PC-Kenntnissen,
- Arbeitslose, Schulabgänger, Ausbildungsplatzsuchende.

Ziele:

- Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt/Lehrstellensuche,

- Verbesserung der Sprachkompetenz,
- die Teilnehmer/innen haben bessere Computerkenntnisse,
- Selbstlernpotentiale werden verbessert.

Inhalt:

- Computereinführungskurse (Grundkenntnisse in Textverarbeitung, Internet, Sprachprogramme),
- Trainingseinheiten zum Üben des Erlernten,
- Sprach- und Kommunikationstraining (Konversation, Sprachlernprogramme),
- Deutsch-Nachhilfeunterricht für schulpflichtige Migranten/innen an der THS II,
- Englisch-Nachhilfe für Hauptschüler,
- Teilnahme am offenen Betrieb im Computercafé.

Kooperationen

- Übergangwohnheim: Information und Motivation der Bewohner/innen,
- THS II: Nutzung der Räume, Kopierer, Unterrichtsmaterial, Absprachen mit Lehrern zur individuellen Förderung,
- Sprachkursträger: Angebotsinformation, Absprachen, was geübt werden soll,
- CJD-Jugendtreff: Kontaktaufnahme zu möglichen Teilnehmer/innen, Motivation.

Fahrradwerkstatt RADEO

Zielgruppe:

- junge Spätaussiedler/innen ohne Lehrstelle und Einbindung in eine Bildungsmaßnahme,
- Langzeitarbeitslose/Lehrstellensuchende,
- junge ÜWH-Bewohner/innen,
- interessierte Einheimische.

Das Projekt wendet sich hauptsächlich an Jungen und junge Männer, um diesen eine Möglichkeit für eine handwerkliche Tätigkeit zu geben.

Ziele:

- Es besteht ein Angebot von Serviceleistungen rund um das Fahrrad.
- Jugendliche erlernen handwerkliche Fähigkeiten.
- Jugendlichen werden technische Grundkenntnisse vermittelt.
- Kompetenzen für eigenverantwortliches und kreatives Handeln werden verbessert.
- Durch die neue Serviceleistung erfolgt eine Aufwertung des Stadtteils.

Inhalte:

- Serviceleistungen für Rosenberger Bevölkerung und Bewohner/innen des ÜWH,
- Anleitung für Jugendliche zur selbständigen Fahrradreparatur,

- Aufwertung gebrauchter Fahrräder,
- Erbringung einer gemeindenahen Dienstleistung in Bereich Tourismus und Naherholung (Fünf-Flüsse-Radweg) sowie
- Organisation einer Fahrradtour mit Spätaussiedler/innen und Einheimischen

Kooperationen:

- Die wichtigste Kooperation besteht zwischen dem JMD und dem CJD Förderverein (Durchführung/Trägerschaft).
- die ARGE AM-SUL erbringt Hilfe bei der Suche von qualifizierten Mechanikern,
- die Stadtverwaltung ist verantwortlich für die Raumbeschaffung,
- Firmen leisten fachliche und materielle Unterstützung (Fa. Berghammer, Stadler Fa. Stemp/Werbung) und
- der LIONS-Club leistet finanzielle Unterstützung für den Fahrradmarathon.

Kooperation – Möglichkeiten und Hindernisse

Der CJD Jugendmigrationsdienst ist sehr gut in das örtliche Netz aller Dienste und Einrichtungen eingebunden. Durch die Mitarbeit im „Integrationsnetzwerk“ in Sulzbach-Rosenberg ist Austausch, Information und Zielgerichtetes Planen gewährleistet. Auf regionale Bedürfnisse und Anforderungen kann flexibel und passgenau reagiert werden.

Im Netzwerk Sulzbach-Rosenberg wirken mit: Stadt Sulzbach-Rosenberg vertreten durch den Bürgermeister, Agentur für Arbeit, AWO, Bildungsinstitut ISE, Caritasverband, Diakonie, IHK, Jugendtreff Sulzbach-Rosenberg, Kolping Bildungswerk, örtliche Schulen, Sozialdienst katholischer Frauen, Übergangwohnheim, Volkshochschule.

Die Vernetzung der Arbeit und Angebote erfolgt außerdem durch die Mitwirkung in verschiedenen Arbeitskreisen auf Landkreis-Ebene, wie z. B. im:

- Rahmen der PSAG (Psycho-sozialen Arbeitsgemeinschaft): AK Kinder- und Jugendpsychiatrie; AK Öffentlichkeitsarbeit; AK Aussiedler (der im Berichtsjahr seine Tätigkeit einstellen konnte, weil die ursprünglich gesetzten Ziele erreicht waren).
- „Arbeitskreis zur Verbesserung der Zusammenarbeit zur Verhinderung von Jugendkriminalität“,
- in den ambulanten Familienhilfen.

Positive Faktoren für wirksame Netzwerkarbeit (Kooperationen)

- Beteiligung möglichst aller (vieler) Akteure,
- möglichst umfangreicher und regelmäßiger Austausch von Informationen,
- Herstellen von Verbindlichkeiten (Aufga-

benverteilung, Entscheidungsfindung, Konfliktlösungsstrategien, Anzahl der Beratungen usw.),

- Aufgabenverteilung festlegen,
- LOS-Projekte ermöglichen Sponsoring (konkrete Dienstleistungen, es entstehen win-win-Situationen),
- gemeinsame Projekte fördern das „Wir-Gefühl“ der Integrationspartner dadurch entsteht eine höhere Verbindlichkeit und
- die Einbindung der Zielgruppe.

Hindernisse(Probleme) der Netzwerkarbeit (Kooperation)

- Konkurrenzdenken,
- zusätzlicher Zeitaufwand,
- Finanzierung (Wer zahlt? Wer verdient?) und
- Einbindung der Zielgruppe gelingt nur schwer.

Wann ist Integrationsarbeit erfolgreich?

Im Sinne einer subjektiven und nicht vollständigen Aufzählung lassen sich folgende Indikatoren für eine erfolgreiche Integration nennen:

- Einheimische und Zugewanderte nehmen gegenseitig Rücksicht auf ihre Bedürfnisse, und akzeptieren soziale und kulturelle Unterschiede.
- Die Neubürger/innen sind in der Lage aus eigener „Kraft“ ihr Leben zu bestreiten, sie haben das Gefühl nicht auf Hilfe angewiesen zu sein, sie fühlen sich gleichberechtigt mit der einheimischen Bevölkerung.
- Die Aufnahmegesellschaft empfindet Zugewanderte nicht als Bedrohung z. B. in bezug auf Arbeitsplatz, Ängste vor dem Fremden.

Kontakt:

Jörg Wiegleb
Christliches Jugenddorfwerk Deutschland e. V.
Jugendmigrationsdienst
Hauptstr. 47
92237 Sulzbach-Rosenberg
Fon: 096619434
Email: info@cjd-suro.de

„Kreative Räume eröffnen“ und „Erzählcafé im Stadtteil“ – Verzahnung von LOS-Projekten mit der Arbeit des Jugendmigrationsdienstes im Stadtteil Jena-Lobeda

E&C-Gebiet Jena-Lobeda: Ein sozialer Brennpunkt?!

Der Stadtteil Jena-Lobeda wurde in den 1970er und 1980er Jahren im Stil einer typischen Plattenbausiedlung ca. 7 km südlich vom Stadtzentrum Jenas, einer Stadt mit rund 100.000 Einwohner/innen, im Osten Thüringens erbaut. Bis 1984 entstanden hier Wohnungen für ca. 40.000 Menschen sowie eine Infrastruktur mit Kindertagesstätten, Schulen, Sporthallen, Einkaufsmöglichkeiten und Gaststätten.

Jena-Lobeda untergliedert sich in drei Bereiche: Lobeda-West mit einer dichten und urbanen Bebauung, Lobeda-Mitte mit einer ausschließlich elfgeschossigen Bebauung zwischen zwei Hauptverkehrsstraßen gelegen und Lobeda-Ost, welches durch landschaftsnahes Wohnen in fünfgeschossigen Häusern gekennzeichnet ist.

Nach 1989 setzten, wie in vielen anderen Plattenbaugebieten Ostdeutschlands, Prozesse der Abwanderung und sozialen Entmischung ein. Die bis heute verbliebenen 23.000 Einwohner/innen gehören vor allem sozial schwächeren und älteren Bevölkerungsschichten¹ an und stellen etwa ein Viertel der Bevölkerung Jenas dar.

Der Vorteil des Stadtteils ist seine reizvolle landschaftliche Lage im Saaletal und eine gut entwickelte Infrastruktur in den Bereichen Einkaufen, Dienstleistung, soziale Einrichtungen sowie Fach- und Beratungsdienste. Im Stadtteil gibt es Kindertagesstätten, Schulen, eine Stadtteilbibliothek, eine Zweigstelle der Musik- und Kunstschule, Einrichtungen der Jugendarbeit, Sporthallen und Freiflächen. Insbesondere mit dem Programm „Soziale Stadt“ wurden umfangreiche Investitionen im Freiraum möglich. Trotz umfangreicher Sanierungs- und Aufwertungsstrategien ist das Image des Stadtteils jedoch nach wie vor als sozialer Brennpunkt Jenas negativ geprägt.

Insgesamt nehmen soziale Problemlagen im Gebiet zu. Deutlich wird dies bei der Betrachtung der Sozialdaten aus dem Jahr 2004, die aufweisen, dass der Anteil von Empfänger/innen von Sozialhilfe und Hilfen zur Erziehung sowie von Arbeitslosen im Vergleich zur Ge-

1) Altersstruktur der Einwohner/innen Lobedas: 8,9 % zwischen 6 und 17 Jahren, 18,6 % zwischen 18 und 26 Jahren, 19,4 % zwischen 27 und 44 Jahren, 23,1 % zwischen 45 und 59 Jahren, 26,1 % über 60 Jahre (Stadt Jena 2004)

samtstadt deutlich höher ist.²

Zu den Kernproblemen des Stadtteils zählen ein hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien mit deutlich geringeren Bildungschancen und eingeschränkten beruflichen Perspektiven sowie eine Vielzahl von Familien und Alleinerziehenden, die Hilfen zur Erziehung beziehen.

Im Verhältnis zur Gesamtstadt verfügt Lobeda über die meisten Bewohner/innen mit Migrationshintergrund. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländern beträgt 4 % (Reststadt 2,9 %); wie auch nahezu alle seit 1991 aufgenommenen 1.700 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler leben die meisten jüdischen Eingewanderten aus der ehemaligen Sowjetunion und andere Migrantengruppen in den günstigen Wohnungen des sozialen Wohnungsbauprogramms dieses Stadtteils. Die sich dadurch ergebende Konzentration von Zuwanderern/innen in einzelnen Quartieren führt teilweise zu ablehnenden Reaktionen der Bewohner/innen ohne Migrationshintergrund. Besonders deutlich wurde dies 2004 im Vorfeld der Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft, in deren Räumen und angegliederten Wohnungen Asylbewerber/innen mittel- und längerfristig in Jena-Lobeda leben. Insgesamt findet sehr wenig Begegnung zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund statt. Viele Migranten/innen leben zurückgezogen, beispielsweise in russischsprachigen Communities, fühlen sich oft nicht angenommen bzw. ausgegrenzt und nutzen nur zögerlich das vorhandene soziale Netz im Stadtteil.

Die Arbeit des Jugendmigrationsdienstes Jena

Vor allem junge Menschen mit Migrationshintergrund sind in erhöhtem Maße von den sozialen Problemlagen im Stadtteil betroffen. Sie erhalten Unterstützung durch den Jugendmigrationsdienst Jena (JMD), der seit nunmehr 15 Jahren (bis 2003 als Jugendgemeinschaftswerk) in Jena-Lobeda tätig ist. Der JMD ist Teil des Fachdienstes für Migration und Integration der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Jena e. V.

2) Sozialdaten Lobedas im Vergleich zur Gesamtstadt (Angaben in Klammern): Sozialhilfeempfänger/innen 5,3 % (2,7 %), Arbeitslose 16,3 % (11,0 %), Langzeitarbeitslose, 6,6 % (4,2 %), arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren 8,0 % (5,7%), Empfänger/innen von Hilfen zur Erziehung 5,1 % (3,4 %), Jugendkriminalität 9,3 % (7,0 %) (Stadt Jena 2004).

und sieht sich als ganzheitlich orientierte, zentrale Anlaufstelle für junge Migranten/innen, die gezielte und individuelle Integrationsbegleitung bzw. -beratung bietet. Zum Fachdienst zählt ferner die Migrationserstberatung der AWO im gleichen Haus. Der JMD befindet sich in Jena-Lobeda-Ost/Mitte. Insgesamt ist die Einrichtung für Jena, insbesondere Jena-Lobeda sowie den angrenzenden Landkreis (Saale-Holzland-Kreis) zuständig. Bedingt durch die Zuwandererstruktur in Jena und dem Landkreis stammen etwa 84 % der durch den JMD betreuten jungen Migranten/innen aus Spätaussiedlerfamilien, 16 % sind Kontingentflüchtlinge oder sonstige Ausländer/innen³. Im JMD arbeiten zwei hauptamtliche Sozialpädagogen/innen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus sind in der Einrichtung Honorarkräfte, Praktikanten/innen und Ehrenamtler/innen beschäftigt.

Entsprechend der Grundsätze und Rahmenkonzeptionen für Jugendmigrationsdienste zur Umsetzung des Programms 18, „Integration junger Migranten/innen“ im Kinder- und Jugendplan des Bundes, umfasst das Aufgabenprofil des JMD Jena:

- individuelle Integrationsförderung für junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren durch Case Management, Einzelhilfen, sozialpädagogische Begleitung von Integrationskursen und zielgruppenspezifische Gruppenangebote,
 - Netzwerk- und Sozialraumarbeit in entsprechenden Netzwerken, Gremien und Einzelkooperationen sowie
 - Initiierung und Begleitung der interkulturellen Öffnung anderer Dienste und Einrichtungen durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und gezielte Kooperationsprojekte.
- Innerhalb dieses Aufgabenprofils bestimmen folgende Maximen die Tätigkeit des JMD Jena:

- **Integration:** Die soziale, sprachliche, schulische und berufliche Integration ist sowohl Aufgabe der neu zugewanderten jungen Menschen mit Migrationshintergrund als auch der aufnehmenden Gesellschaft und ihrer Akteure. Sie beginnt im Stadtteil.
- **Ganzheitlichkeit:** Die individuelle Integrationsförderung und die damit verbundene Vermittlung an Dienste und Einrichtungen durch den JMD bedarf eines ganzheitlichen, systemischen Blicks, der sämtliche Bedürfnisbereiche eines jungen Menschen berücksichtigt.
- **Sozialraumorientierung:** Der JMD Jena kennt die relevanten Dienste und Einrichtungen im Sozialraum. Er ist stets bedacht,

Bedarflücken, Ressourcen und potentielle Partner in der Integrationsarbeit zu identifizieren. Die Aktivitäten des JMD beziehen sich nicht nur auf junge Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch auf die Akteure im Sozialraum Stadtteil/Stadt.

- **Interkulturelle Öffnung:** Die individuelle Integration kann nur dann gelingen, wenn junge Menschen neben spezialisierten Beratungs- und Begleitungsangeboten Zugang zu Regeldiensten und Einrichtungen im Sozialraum erhalten und diese über notwendige Kompetenzen im Umgang mit der Zielgruppe verfügen. Zu diesem Zweck initiiert und begleitet der Jugendmigrationsdienst gezielt deren interkulturelle Öffnung.
- **Netzwerke und Kooperation:** Grundlage für die Umsetzung der vorhergehenden Maximen sind zielorientierte Kooperationen und Vernetzungen. Entsprechend ist der JMD Jena aktiv und z. T. federführend in Netzwerken tätig und strebt Kooperationsprojekte mit Einrichtungen und Diensten im Sozialraum an. Er ist bestrebt, Synergieeffekte zu nutzen und kompetente Partner „mit ins Boot“ zu holen.

Netzwerkarbeit als Strategie im Stadtteil

Netzwerke im Stadtteil – Eine wichtige Ressource

Ein verhältnismäßig dichtes Netz von sozialen Einrichtungen mit einer vielfältigen Angebotsstruktur und der Bereitschaft zur Kooperation und Vernetzung zählt zu den wohl wichtigsten Ressourcen des Stadtteils Jena-Lobeda. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene themenspezifische Netzwerke ins Leben gerufen. Hierzu zählen u. a. die „Vernetzungsgruppe Kinder- und Jugendarbeit“, in denen sich Akteure der freien und öffentlichen Träger unter der Leitung des Jugendamtes Jena und des Stadtteilbüros fachlich austauschen und gemeinsame Projekte planen und umsetzen.

In Kooperation mit dem Jugendamt Jena koordiniert der JMD Jena den seit 1999 bestehenden „Arbeitskreis junge Migranten/innen“.⁴ Die darin vernetzten Akteure⁵ sind bemüht, Strategie-

4) Im Verlauf des Jahres 2004 wurde die Arbeit des AK „Junge Migranten/innen“ grundlegend umstrukturiert. Es erfolgte eine Reduktion der Mitglieder und eine Einschränkung der Aufgabenstellung zu Gunsten einer effektiveren und ergebnisorientierten Arbeitsweise.

5) Folgende Akteure sind neben Vertreter/innen des Jugendamtes und des JMD als ständige oder beratende Mitglieder am Arbeitskreis beteiligt: Streetwork Lobeda, Kinder- und Jugendzentrum Klex, Stadtteilbüro Lobeda, Schulumt Jena, Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber/innen, Ausländerbeirat, Institut für Interkulturelle Kommunikation e.V. (Integrationskursträger), Kontakt- und Koordinierungsstelle des Stadtprogramms gegen Frem-

3) Angaben aus der Jahresstatistik des JMD Jena 2004 (AWO, KV Jena 2004)

gien und Konzepte zur Förderung der Integration junger Migranten/innen zu entwickeln und deren Umsetzung zu fördern sowie hierfür eine Lobby in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu schaffen. Der Arbeitskreis konzentriert sich vor allem auf junge Migranten/innen im Alter von 12 bis 27 Jahren und verfolgt folgende Ziele:

- Verbesserung der Lebenssituation junger Migranten/innen in Jena,
- Aktivierung und Bündelung der Ressourcen in der Migrationsarbeit,
- Forcieren der interkulturellen Öffnung von Diensten und Einrichtungen sowie
- Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit im Sinne junger Migranten/innen in Jena.

Die Netzwerkarbeit im Stadtteil ist einerseits durch eine hohe Bereitschaft der beteiligten Partner/innen zur gegenseitigen Vernetzung, ein zunehmend zielgerichtetes und strategisches Denken, steigende Verbindlichkeit der Zusammenarbeit und durch eine positive Außenwahrnehmung gekennzeichnet. Andererseits bleibt sie stark abhängig vom individuellen Interesse und Engagement der beteiligten Personen. Das Fehlen einer den einzelnen Netzwerken übergeordneten Struktur und städtischen Gesamtstrategie wird von den Akteuren genauso thematisiert, wie der mit einer intensiven Netzwerkarbeit verbundene Zeitaufwand, der zu Lasten anderer Aufgabenbereiche geht. Bedingt durch die mittlere Größe Jenas, ist eine Konzentration der Netzwerkarbeit ausschließlich auf den Sozialraum Lobeda kaum möglich. Sozialräumliches Handeln erfordert daher stets die Einbindung der Gesamtstadt, was neue Herausforderungen mit sich bringt.

Eine neue Qualität und Intensität der Netzwerkarbeit ergab sich seit 2003 im Rahmen der Umsetzung des Programms „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“.

„LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ in Jena-Lobeda

Verantwortlich für Umsetzung des Programms ist das Jugendamt mit seiner Abteilung Jugendsozialarbeit. Das Stadtteilbüro Lobeda übernimmt im Rahmen der Umsetzung eines Netzwerkprojektes die Projektbegleitung, -beratung und -koordination vor Ort. Schwerpunkte des im Vorfeld der Förderung durch LOS entworfenen Aktionsplans sind die Förde-

denfeindlichkeit, Sozialamt, Ausländerbeauftragte Stadt Jena, Ausländerbehörde, Bibliothek, Schulsozialarbeit, Kindersprachbrücke Jena e.V., Migrationserstberatung der AWO, Migrationserstberatung der Diakonie, Evangelisch-Methodistische Kirche, Landessportbund Programm „Integration durch Sport“, midnight-fun e.V., Jugendgerichtshilfe, ambulante Drogenhilfe Chamäleon/DRK, Sozialmanagement Jenawohnen GmbH (Wohnungsgesellschaft) sowie das Übergangswohnheim Jena.

derung der beruflichen und sozialen Integration von Migranten/innen, die Förderung sozialer Kompetenzen von Jugendlichen und die Schaffung von Angeboten für junge Familien und Alleinerziehende.

Im Rahmen von regelmäßigen Informationstreffen werden die an LOS beteiligten Träger zur Zusammenarbeit und Kooperation angeregt. Bereits in der zweiten Förderperiode konnten so gemeinsame Kooperationsprojekte entstehen.

Verzahnung von LOS und JMD-Arbeit

Entsprechend seiner Handlungsmaximen beteiligte sich der JMD an der mit LOS verknüpften Netzwerkarbeit und wurde in der zweiten Förderperiode zum ständigen Mitglied im „LOS-Beirat“, dem Beratungs- und Entscheidungsgremium für LOS-Projekte. Im Zuge dessen nahmen die Mitarbeiter/innen an den regelmäßigen Beratungen der beteiligten Träger teil. Hierbei waren sie stets bemüht, interkulturelle und migrationspezifische Problemstellungen in den Austausch und Diskurs einzubringen, auf Bedarfslücken hinzuweisen und Projekte zur Integration junger Migranten/innen im Sozialraum Lobeda zu initiieren.

Bereits seit der ersten Förderperiode 2003/2004 war der JMD damit in Form von kooperativen und eigenen Projekten am Programm LOS beteiligt. Dabei war er bestrebt, bestehende Kooperationen intensiv fortzusetzen und das Interesse einzelner Träger für die Arbeit und Zielgruppe des JMD zu nutzen. Im Vordergrund stand dabei einerseits die Beteiligung des JMD als Kooperationspartner an Projekten, um Bedarfslücken zu schließen, Netzwerke zu intensivieren und die interkulturelle Öffnung von beteiligten Akteuren zu fördern und andererseits das Bestreben, an die Fachlichkeit und das Engagement von Trägern anzuknüpfen und die eigene Belastung durch Projektbeantragung, -umsetzung und -abschluss möglichst gering zu halten. Folgende Kooperationsprojekte⁶ wurden im Zuge dessen durchgeführt:

- „Fachsprache“ (IB Jena /IK Jena e. V.),
- „Aktionswerkstätten“ (KOMME e. V., Klax),
- „Praxisimpulse“ (Kindersprachbrücke Jena e. V.) sowie
- „Berufswelt“ (KOMME e. V., Stadtteilbüro).

Darüber hinaus beantragte der JMD in der zweiten Förderphase ein eigenes Projekt: „Berufsschritte“.

Zwei ausgewählte Kooperationsprojekte werden im Folgenden vorgestellt.

6) Die jeweiligen Träger der Projekte sind in Klammern angegeben.

Kreative Räume eröffnen: Aktionswerkstatt

Träger des Projekts „Aktionswerkstatt“ war das Kinder- und Jugendzentrum Klex des KOMME e. V., welches sich in Lobeda-West befindet. Das Kinder- und Jugendzentrum Klex ist eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, dessen Kernzielgruppe Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren sind. Besonderes Augenmerk gilt so genannten „Lückekindern“, welche durch Kinderangebote nicht erreicht und für Angebote der Jugendarbeit zu jung sind. Für diese Zielgruppe schuf der Klex einen Jugendbereich, der in Folge massiver Einschnitte im kommunalen Haushalt und dem dadurch bedingten Wegfall von Jugendeinrichtungen im Stadtteil, auf die Zielgruppe der Jugendlichen bis 18 Jahre ausgeweitet wurde.

Die Motivation, ein Kooperationsprojekt mit dem JMD einzugehen, resultierte aus der Situation, dass der Klex zwar gut durch Kinder mit Migrationshintergrund, weniger aber durch jugendliche Migranten/innen genutzt wurde. Der JMD war im Gegenzug interessiert, Angebote der offenen Jugendarbeit für Migranten/innen zu initiieren, da er selbst nicht über die notwendigen Kapazitäten für niederschwellige Angebote im Stadtteil verfügte. Schon im Vorfeld hatten beide Einrichtungen punktuell zusammengearbeitet, so dass eine Annäherung bereits erfolgt war und die Empfehlung des LOS-Beirates zu einem gemeinsamen Projekt, ohne weiteres auf beiderseitiges Interesse stieß.

Zielgruppe des zwölfmonatigen⁷ Projekts waren Jugendliche im Stadtteil, mit und ohne Migrationshintergrund und im Alter von 14 bis 18 Jahren. Ziele des Projekts waren:

- jugendliche Migranten/innen und Einheimische durch niederschwellige, kreative und sportliche Angebote zu erreichen,
- Hemmschwellen in der Nutzung von Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit abzubauen,
- das Interesse der Jugendlichen an praktischen (und damit auch beruflichen) Tätigkeiten zu wecken bzw. an deren praktischen Fertigkeiten anzuknüpfen,
- ihre handwerklichen Fähigkeiten zu fördern und
- den interkulturellen Kontakt zu fördern und bewusst zu gestalten.

Die Jugendlichen erhielten die Möglichkeit, in ihrer Freizeit, die täglich wechselnden Angebote in einer Ton- und einer Holzwerkstatt zu nutzen, PC-Angebote wahrzunehmen und den Fitnessraum des Klex zu besuchen. Dabei erhielten sie Anleitung durch Honorarkräfte. Zusätzlich wurden Kreativworkshops organisiert und gemeinsame Erzählcafés geplant.

7) 01.07.2004 bis 30.06.2005

Erzählcafé im Stadtteil: Praxisimpulse

Träger des ebenfalls zwölfmonatigen⁸ Projektes „Praxisimpulse“ war der eingetragene Verein Kindersprachbrücke Jena. Der überwiegend ehrenamtlich tätige Studenten/innen getragene Verein war bereits seit 2002 aktiv an Lobedaern Grundschulen tätig, an denen er Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund einerseits und interkulturelle Angebote andererseits anbot. Auch war der Verein intensiv in die Netzwerkarbeit im Stadtteil eingebunden und kooperierte ausgehend von persönlichen und fachlichen Kontakten mit dem JMD. Darüber hinaus verfügt der Verein über eine Kooperationsvereinbarung mit dem Klex und nutzt Räumlichkeiten an dessen Standort in Lobeda-West. Bereits im Vorfeld erzielte der Verein durch seine enge fachliche Anbindung an die Jenaer Hochschulschulen⁹ gute Ergebnisse in der Arbeit und setzte Projekte mittels innovativer Methoden um. So hatte die Kindersprachbrücke beispielsweise bereits mehrfach Erzählcafés im Stadtteil mit großem Erfolg durchgeführt.

Ziele des Projekts „Praxisimpulse“ waren, den Start für Studenten/innen und junge Absolventen/innen in die sozialpädagogische Praxis zu erleichtern und ihnen Schlüsselqualifikationen für die interkulturelle Arbeit durch praktische Erfahrungen in der Migrationsarbeit zu vermitteln. Gleichzeitig sollte die Bevölkerung des Stadtteils für das Zusammenleben mit anderen Kulturen sensibilisiert werden. Diese Ziele wollte der JMD – verbunden mit der Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement – unterstützen und im Interesse seiner Zielgruppe nutzen. Zielgruppe des Projekts waren einerseits junge Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund, die eine Tätigkeit in sozialen Berufen anstreben sowie Bewohner/innen im Stadtteil. Sie sollten durch ein hochschulübergreifendes Seminar zur interkulturellen Arbeit, Praxiseinsätze in Sprach-Spiel-Nachmittagen und interkulturellen Projekten für Lobedaer Grundschulkinder mit Migrationshintergrund, Weiterbildungen und Multiplikatoren-schulungen sowie Erzählcafés in den Schulen und im Stadtteil erreicht werden.

Rolle des JMD in den Kooperationsprojekten

Der JMD unterstützte die Projekte durch mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit und die Vermittlung von Honorarkräften mit Migrationshintergrund. Er förderte die Gewinnung von Teilnehmern/innen durch die gezielte Ansprache von Kunden des JMD und führte sie den Angeboten zu. Die Projekte wurden ferner

8) 01.08.2004 bis 30.06.2005

9) Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fachhochschule Jena

durch den JMD insbesondere zu migrations- und integrationsspezifischen Fragestellungen fachlich begleitet und beraten. Je nach Projekt und Bedarf wurden zunächst individuelle Erstabsprachen geführt und anschließend gemeinsam Konzepte entwickelt und Projekte geplant. Die praktische Umsetzung erfolgte überwiegend durch die Projektträger und wurde durch regelmäßige Besprechungen begleitet. Gegen Ende des Projektzeitraums gelang es zusätzlich, die Aktivitäten des Klex, der Kindersprachbrücke und des JMD zusammenzuführen, um ein gemeinsames Erzählcafé zu planen und durchzuführen. Im Erzählcafé berichteten jugendliche Nutzer/innen des JMD mit und ohne Migrationshintergrund und Schüler/innen aus der fünften Klasse einer Lobedaer Schule in der gemütlichen Atmosphäre des Klex aus ihrer Biographie und von prägenden Erlebnissen, verbunden mit Schule, Freunden/innen, Familie und Ortswechseln. Sowohl die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer als auch die Öffentlichkeit äußerten sich sehr positiv zu diesem Projekt.

Wesentliche Ergebnisse der Verzahnung von LOS-Projekten mit der Arbeit des JMD

Durch die Verzahnung im Rahmen der LOS-Arbeit konnten neue Formen der Zusammenarbeit von Trägern im Sozialraum mit dem JMD über einen begrenzten Zeitraum erprobt werden. Dies bewiesen die vorgestellten, aber auch andere durch LOS geförderte kooperative Projekte. Es zeigte sich, dass die Kooperation zu wertvollen Synergieeffekten führte, die dem Ziel, die Integration von Migranten/innen im Stadtteil zu fördern und deren gleichberechtigte Teilhabe zu sichern, dienen. Die beteiligten Träger öffneten sich für die Zielgruppe und gewannen damit neue Nutzer/innen; gleichzeitig wurden Ressourcen, wie Zeit, Finanzen und Kreativität, effizient und effektiv genutzt und Perspektiven für ähnliche künftige Projekte entwickelt.

Niederschwellige, kreative und punktuelle stadtteilorientierte Angebote, wie Werkstätten und Erzählcafés/Biographiearbeit, bewiesen sich als geeignete Methode für sozialraumorientiertes Arbeiten im Migrationskontext. Die gerade mit Angeboten wie dem Erzählcafé einhergehende Öffentlichkeitsarbeit führte zu einer positiven Wahrnehmung von Migranten/innen im Stadtteil. Der Blick der Bevölkerung wurde nicht, wie sonst so oft, auf Schwierigkeiten und Probleme, sondern auf Stärken und Geschichten die Migranten/innen mitbringen gelenkt. Somit konnte das „positive“ Interesse bei Bewohnern/innen und Schüler/innen des Stadtteils für das Thema Migration im Stadtteil geweckt werden.

Die Ergebnisse der Zusammenarbeit motivierten die Träger, auch zukünftig gemeinsame Projekte anzugehen. Beispielsweise beteiligen sich JMD, Klex und Kindersprachbrücke an einem Verbundprojekt, welches die Durchführung interkulturelle Freizeitangebote an einer Lobedaer Regelschule mit Beginn des Schuljahres 05/06 zum Ziel hat. Ziel ist es, die Integration von Schülern/innen mit Migrationshintergrund in der Schule sowie deren Kontakt und Austausch mit einheimischen Mitschülern/innen zu fördern. Weitere Projekte werden die gemeinsame Ausrichtung der Interkulturellen Woche im Stadtteil sowie medienpädagogische und berufsorientierende Angebote für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sein. Erfolgreiche Methoden, wie die durch das Erzählcafé umgesetzte Biographiearbeit, werden im Stadtteil auch weiterhin durchgeführt werden. Neben LOS werden hierfür auch andere Fördermöglichkeiten genutzt.

Fazit

So positiv die Ergebnisse gemeinsamer Projekte sind, so muss dennoch angemerkt werden, dass vor allem kurzfristig mit einem erhöhten Aufwand an Arbeitskraft, Zeit und Energie der beteiligten Mitwirkenden gerechnet werden muss. Die Erfahrung aus der Verzahnung von LOS mit der Arbeit des JMD Jena zeigt jedoch, dass Zusammenarbeit perspektivisch die Nutzung von Ressourcen effektiver gestaltet und letztlich die Arbeit des JMD bereichert und erleichtert. Nichtsdestotrotz sind ein gutes Zeitmanagement genauso wie verbindliche, gegebenenfalls durch Kooperationsvereinbarungen gestützte, Absprachen notwendig. Ein bereits bestehendes Netzwerk erleichtert die Kooperation erheblich. Über LOS und die damit verbundene Netzwerkarbeit erfährt das Angebotsspektrum des JMD eine bedarfsgerechte und attraktive Erweiterung, die mit Blick auf den Regelleistungskatalog der Einrichtung Lücken schließt und Aufgaben praktisch untersetzt. Räume für eine Intensivierung und Konkretisierung der Netzwerkarbeit im Stadtteil werden eröffnet und fördern so die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen.

Nicht zuletzt durch LOS findet sich der JMD heute in einem festen Netzwerk wieder, welches für die Belange von jungen Migranten/innen sensibilisiert ist und dessen Akteure gemeinsam „an einem Strang“ ziehen. Die Verzahnung von LOS und JMD ebnete den Weg für weitere Kooperationsprojekte: auch andere Einrichtungen gehen inzwischen auf den JMD zu, um fachliche Begleitung zu erhalten bzw. gemeinsam Angebote zur Integration von Migranten/innen zu entwickeln. Die durch LOS verknüpften Partner/innen setzen sich für

die Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit im Stadtteil ein. Dies kann als Beginn einer gemeinsamen Strategie zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtteil gewertet werden.

Literatur:

Stadt Jena (2004): Stadtteilübersichten www.jena.de/statistik/bericht/stadtteil.pdf
KOMME e.V./Stadtteilbüro (Hg.) (2002): Konzeption, Jena
AWO Kreisverband Jena e.V. (2004): Jugendmigrationsdienst Jena. Konzeption, Jena
AWO Kreisverband Jena e.V. (2004): Jugendmigrationsdienst Jena. Jahresbericht, Jena
Kindersprachbrücke Jena e.V. (2005): Infobrief Nr. 4, Jena

Kontakt:

Katja Glybowski
Jugendmigrations-
dienst Jena
AWO Kreisverband
Jena e.V.
Kastanienstr. 11
07747 Jena
Fon: 03641331291
Email:
md@awo-jena.de

Astrid Horbank
Quartiersmanagerin/
Stadtteilbüro Jena-
Lobeda / Komme e.V.
Karl-Marx-Allee 14
07747 Jena
Fon: 03641361057
Email: sblobeda@
t-online.de

Erfahrungen aus der Arbeit des Interkulturellen Netzwerks Köln-Chorweiler

Rahmenbedingungen der Arbeit

Das „Interkulturelle Netzwerk Köln-Chorweiler“ (INK) war ein gemeinsames Projekt der „Katholischen Jugendwerke Köln e.V.“ (KJW) und des „Internationalen Bundes – freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.“ (IB). Diese verstanden sich als gleichberechtigte Träger und stellten beide je einen hauptamtlichen Mitarbeiter im Rahmen des Projektes. Gefördert wurde das Projekt aus Mittel des BMFSFJ, des BVA und der Stadt Köln.

Das Interkulturelle Netzwerk nahm seine Arbeit am 1.4.2000 auf und war seit dieser Zeit in den nördlichen Kölner Stadtteilen Chorweiler, Chorweiler-Nord, Seeberg, Blumenberg, und Volkhoven-Weiler tätig. Mit Ablauf der Förderung endete das Modellprojekt am 31.12.2002.

Die o.g. Stadtteile kennzeichnen sich alle durch einen sehr hohen Anteil an Migranten/innen und eine Vielzahl von Menschen, die von Lohnersatzleistungen leben müssen.¹ Der Stadtteil Chorweiler/Chorweiler-Nord zählt zu den „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Landesprogramm NRW) und ist somit in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ eingebunden.

Es stand dem Modellprojekt für seine Arbeit ein Ladenlokal mit zwei Räumen zur Verfügung, welche folgendermaßen ausgestattet waren:

- ein Büro mit zwei Computerarbeitsplätzen inklusive Internetanschluss,
- ein Beratungs-, Schulungs-, und Gruppenraum für max. 30 Personen sowie
- ein Zwischenraum mit Küchenzeile.

Ziele und Schwerpunkte

Ziel des Interkulturellen Netzwerkes war es, zugewanderten jungen Menschen und Jugendlichen ausländischer Herkunft (12-27 Jahre) zu einer Integration in das Gemeinwesen zu verhelfen. Sie sollten ermutigt und befähigt werden, sich selber aktiv innerhalb ihres Lebensumfeldes mit einheimischen Jugendlichen einzubringen. Ferner verfolgte das Interkulturelle Netzwerk das Ziel, die konkrete Zusammenarbeit von Bevölkerung, Trägern, Einrichtungen, Migrationsdiensten und Multiplikatoren

1) Sozialraumdaten 2001 der Stadtteile Seeberg und Chorweiler; Amt für Statistik Köln:

23.364 Einwohner, davon 41 % ausländischer Nationalität und 13 % Aussiedler.

20,1 % sind Sozialhilfeempfänger / 27,8 % der Haushalte erhalten Sozialhilfe, Arbeitslosenquote beträgt 19,9 %.

miteinander zu fördern, um somit die Angebotsstruktur in den Stadtteilen zu verbessern.

Das Interkulturelle Netzwerk sollte als Modellprojekt die gewonnenen Erkenntnisse in die Erarbeitung eines Migrationskonzeptes einfließen lassen und insbesondere die Weiterentwicklung und Öffnung der Jugendgemeinschaftswerke (seit 2004 Jugendmigrationsdienste) fördern.

Herauszuheben sind hierbei folgende Punkte: Unterstützung von und Zusammenarbeit mit den Trägern vor Ort

- Förderung der Kompetenz und Ausgleich von Defiziten der Jugendlichen
- Sensibilisierung der ansässigen Bevölkerung und der Zugewanderten in Bezug auf interkulturelles Zusammenleben
- Berücksichtigung der besonderen Interessenlage und des Bedarfs junger Migranten/innen im Rahmen der Städte- und Jugendhilfeplanung, insbes. Mitarbeit bei der "bezirklichen Jugendhilfeplanung"
- Erstellung eines fortzuschreibenden Sozialatlases (Internetauftritt www.chorweiler.net) in Zusammenarbeit mit den Trägern im Stadtteil mit dem Ziel, Angebotslücken aufzuspüren und Möglichkeiten zu deren Schließung zu erarbeiten
- Verzahnung von Maßnahmen und Diensten zur Erreichung von Synergieeffekten
- Förderung der sprachlichen, schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration
- Einrichtung eines Stadtteilbüros mit Beratungs-, Bildungs- und Kulturangeboten

Aktivitäten/Umsetzung

Im Vorfeld hatte es einige Irritationen und Missverständnisse über die Entstehung und An siedelung des Projektes gegeben. Insbesondere die mangelnde Einbeziehung der Träger vor Ort wurde immer wieder bemängelt und die Vorgehensweise der Entscheidungsträger als „von oben herab“ und „aufgesetzt“ bezeichnet.

Des Weiteren war bei vielen Mitarbeitern/innen eine gewisse „Projektmüdigkeit“ zu beobachten. In der Vergangenheit wurden oftmals Modellprojekte ins Leben gerufen, die sehr gute Arbeit geleistet hatten, aber nach Ablauf der Projektzeiten einfach „verschwanden und uns noch mehr Arbeit zurückließen“ (Zitat eines vor Ort tätigen Mitarbeiters eines

Jugendzentrums). Dies führte zu Frustrationen bei Klienten/innen und Mitarbeitern/innen und der generellen Frage, „ob und in wie weit es sich lohnt, mit Modellprojekten zusammenzuarbeiten“ (s.o.).

Daher war es von Anfang an wichtig, Kontakt zu den Trägern vor Ort herzustellen. Aus diesem Grunde wurden persönliche Gespräche vereinbart, um das Projekt, die Zielrichtung und die Mitarbeiter vorzustellen. In diesen Gesprächen konnten viele der o.g. Probleme geklärt werden, so dass es in der Folgezeit zu den meisten Einrichtungen ein sehr gutes Verhältnis gab.

Hieraus ergaben sich folgende Forderungen der Einrichtungen vor Ort:

1. Über die gesamte Projektlaufzeit musste und sollte sichergestellt werden, dass nur Maßnahmen und Angebote ins Leben gerufen werden, die (zumindest theoretisch) eine Chance haben auch über den Modellzeitraum hinaus fortgeführt zu werden (Übernahme durch andere Einrichtungen).
2. Es sollte keine ausschließliche Managementeinrichtung entstehen! Auch das Modellprojekt sollte Maßnahmen durchführen, allerdings nur in den Bereichen in denen es keine anderen Anbieter gab (Priorität: Kooperationen).
3. Eingliederung der Mitarbeiter/innen in bestehende Arbeitskreise und Transparenz der geleiteten und geplanten Arbeit.

Erfahrungen und Ergebnisse

In der direkten Arbeit für und mit den Migranten/innen hat sich gezeigt, dass es notwendig ist „nah“ an den Personen zu sein. Räumliche Entfernungen bedeuten auch in einer Großstadt wie Köln eine große Barriere und verhindern oftmals, dass notwendige Angebote an- und wahrgenommen werden.

Als Ergebnis ist des Weiteren festzuhalten, dass die Kooperation von Trägern, im Sinne einer erfolgreichen Zusammenarbeit, nur funktioniert, wenn die vorhandenen Ziele der Arbeit kompatibel sind und/oder sich vereinbaren lassen. Nur ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen und eine gemeinsame projektbezogene Konzeption bzw. Vereinbarung ermöglicht Synergieeffekte.

Ein erfolgreiches Beispiel hierzu ist die Zusammenarbeit mit den zwei sozialen Einrichtungen in Seeberg-Nord: ÖKNi und ASD. Dies gilt sowohl im ökonomischen (optimale Nutzung von Material und Räumlichkeiten) als auch im inhaltlichen Sinne (Vielfalt der Mitarbeiter und Angebote). Im Rahmen der Arbeit des Modellprojektes ist hieraus ein Zusammenschluss der Einrichtungen unter dem Namen „Interkulturelles Zentrum“ entstanden.

Alle Angebote sind und waren miteinander verzahnt und untereinander abgestimmt (gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Teambesprechungen). Dies bewirkte eine hohe Transparenz für die Klienten/innen, ohne dass dabei die eigene Identität der Träger oder eine Aufgabe der Arbeitsschwerpunkte in Kauf genommen werden musste. Punktuell kann diese Art der Zusammenarbeit jedoch auch zu zielgruppenübergreifenden Angeboten führen.

Einbindung in Soziale Stadt

Der Stadtteil Köln-Chorweiler gehört zu den Gebieten des Landesprogramms NRW „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und ist somit in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ eingebunden. Leider ist nicht – wie zu Beginn geplant – ein Quartiersmanagement eingerichtet worden. Hierdurch war das INK, als einziges „Soziale Stadt Projekt“ auf sich alleine gestellt und somit waren einige in der Konzeptionsphase eingeplante Aspekte nicht umsetzbar. Die Mitarbeiter des INK sahen sich zusätzlich immer wieder mit Anfragen und Wünschen von außen konfrontiert, welche nicht umgesetzt werden konnten, da sie eigentlich in den Bereich des Quartiersmanagements fielen. Diese Situation ist bis zum heutigen Tage vorhanden und die Einrichtung einer solchen Stelle wird in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder gefordert.

Nachhaltigkeit

Mit Abschluss des Projektes stand das o.g. Ziel auf der Probe, Teile der Arbeit nach Möglichkeit fortzuführen.

Nicht zuletzt durch die gute Zusammenarbeit mit den Einrichtungen im „Interkulturellen Zentrum“ konnte der Jugendmigrationsdienst (JGW) – in Trägerschaft KJW Köln e.V. – Teile der Arbeit übernehmen. Der Internationale Bund musste sich leider auf Grund der trägerinternen, personellen Situation aus der Arbeit zurückziehen.

Bestimmte Angebote konnten zwar nicht fortgeführt werden, aber durch die Übernahme einer Vielzahl von Aufgaben durch den Jugendmigrationsdienst, konnten die Anlaufstelle vor Ort, verschiedene Angebote und Netzwerkstrukturen aufrechterhalten werden.

Der im Projekt entstandene Internetauftritt/ Sozialatlas (www.chorweiler.net) wird ebenfalls vom Jugendmigrationsdienst fortgeführt. Zu Beginn des Jahres 2005 war es möglich, in den Räumlichkeiten eine feste Außenstelle des Jugendmigrationsdienst Köln zu eröffnen, so dass der Fortbestand vorläufig gesichert ist.

Kontakt:

Markus Kaufmann
Kath. Jugendwerke
Köln e. V.
Jugendmigrations-
dienst
Rolandstr. 16
50677 Köln
Fon: 02219332929
Email:
jmd@kjuw-koeln.de

Netzwerkmanagement im Rahmen des Jugendmigrationsdienstes

Standort und Bevölkerungsstruktur

Der Bezirk Hamburg-Harburg ist in 3 Regionen (3 Ortsamtsbereiche) unterteilt, mit insgesamt 18 Stadtteilen.

Bevölkerungsstruktur Hamburg-Harburg im Vergleich zur Hansestadt Hamburg (HH)

Einwohner/innen:	199.715	HH: 1.714 923
Deutsche:	159.384	HH: 1.452 391
Ausländische Bevölkerung:	40.331 (20,2 %)	HH: 22.532 (15,3 %)
Unter 18-Jährige:	38.420 (19,2 %)	HH: 274.376 (6 %)

Die Kernprobleme in den verschiedenen Stadtteilen liegen zum einen Teil im hohen Anteil der Ausländer/innen in der Bevölkerung sowie in der räumlich eng konzentrierten Verteilung von Spätaussiedlern/innen. Belastend für den Stadtteil ist zum anderen Teil die hohe Jugendarbeitslosigkeit (Daten Stand 03/2004):

Arbeitslose:	12.161	HH: 86.397
Jüngere Arbeitslose:		
15- bis u. 25-Jährigen:	1.215	HH: 7.700
Sozialhilfeempfänger:	19.301 (9,7 %)	HH: 119.239 (7 %)

Ziele der Arbeit der Jugendmigrationsdienste

- Verbesserung der Integrationschancen durch sprachliche, schulische, berufliche und soziale Integration
- Förderung von Chancengleichheit
- Förderung der Partizipation junger Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens
- Strukturelle Weiterentwicklung im Rahmen der Interkulturellen Öffnung allgemeiner Dienste

Zielgruppen der Jugendmigrationsdienste

- Neuzugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene, bis zum Alter von 27 Jahren, die nicht mehr vollzeitschulpflichtig sind, mit Daueraufenthaltsperspektive und zeitnah nach der Einreise
- Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund von 12 bis 27 Jahren
- Multiplikatoren
- Migranten/innen einschließlich der Bevölkerung im Lebensumfeld und Institutionen

Angebote der Jugendmigrationsdienste

Individuelle Integrationsförderung (Case Management) von Neuzugewanderten:

- individuelle Integrationsplanung,
- Moderation und Begleitung des Integrationsprozesses,
- Vermittlung an andere Dienste sowie
- Entwicklung und Durchführung von Gruppenangeboten.

Darüber hinaus erfolgt die Beratung junger Menschen mit Migrationshintergrund, die aufgrund integrationsbedingter Probleme einer besonderen Förderung bedürfen.

Netzwerk- und Sozialraumarbeit

- Initiierung und Begleitung der interkulturellen Öffnung von Diensten und Einrichtungen der sozialen Handlungsfelder

Netzwerkmanagement im Rahmen der interkulturellen Öffnung der allgemeinen Dienste

Gründung eines Netzwerkes

Das Netzwerk zur interkulturellen Öffnung der allgemeinen Fachdienste wurde trägerübergreifend organisiert und etablierte sich in den drei Regionen: Harburg, Süderelbe, Wilhelmsburg.

Als Partner sind im Netzwerk vertreten:

- Jugendamt,
- Polizei,
- Straßensozialarbeiter/innen,
- Kommunale Jugendeinrichtungen,
- Beratungsdienste MEB und
- Drogenberatungsstelle, Schule und Bildungsträger.

Themen des Netzwerkes (Zusammenfassung)

- Absprachen und Koordination
- Austausch
- Integration und strategische Umsetzung
- Aussiedler/innen
- Sucht
- Übergeordnete Aspekte und rechtliche Rahmenbedingungen:
z.B. neues Zuwanderungsgesetz und dessen Auswirkungen.

Erfahrungen aus der Netzwerkarbeit

Aktivitäten und Strukturen der Integrationsarbeit werden auf ihre Auswirkungen für beide Geschlechter überprüft und Verbesserungen bzw. Vermeidung von Benachteiligung können erreicht werden. Die Zusammenarbeit ist ein fortlaufender Entwicklungsprozess, der einer regelmäßigen Evaluation und Anpassung bedarf. Bewährt hat es sich, Keypersons und Personen aus der Zielgruppe zu beteiligen. Hierüber können auch neue Zugänge geschaffen werden, bzw. „Türöffner“ gefunden werden. Durch die Zusammenarbeit erweitern sich die interkulturellen Kompetenzen der Beteiligten. Es entsteht ein „Set“ von Fähigkeiten (Wahrnehmen, Empfinden und Handeln), um kulturelle Bedingungen und Einflussfaktoren bei sich selbst und bei anderen Personen besser zu erfassen, zu respektieren, zu würdigen und produktiv zu nutzen.

Kontakt:

Sandra Kloke
Jugendmigrations-
dienst in Hamburg
IN VIA Kath. Mäd-
chensozialarbeit
Stubbenhof 1
21147 Hamburg
Fon: 0407653217
Email: JMD@invia-
hamburg.de

Netzwerkarbeit am Beispiel des Jugendcafés Féga

Der Stadtteil Lamboy-Nord liegt im Nordosten Hanaus, unweit der Hanauer Innenstadt, ist aber zur Zeit von Hanau durch einen Brückenabriss abgenabelt. Die Fläche des Gebietes beträgt ca. 17,4 ha. Von den 3.200 Einwohnern gehören ca. 57 % der ausländischen Bevölkerungsgruppe an. Die Arbeitslosenquote beträgt 20 %, bis zum 31.12.2004 lag die Sozialbedürftigkeit bei 17 %. Es gibt derzeit noch keine statistische Erfassung von Hartz IV-Betroffenen.

Die Bebauung des Gebietes ist geprägt von städtebaulicher intakter Gründerzeitbebauung an der vierspurigen Hauptverkehrsstraße. Daran schließt sich eine gemischte Bebauungsstruktur (Zeilenbebauung, Doppelhäuser und Punkthochhäuser) mit geringer städtebaulicher Qualität an.

Potenziale im Stadtteil

- Stadtteilversorgung in der Hauptverkehrsstraße (ausbaufähig)
- Umnutzung der Kaserne und des Gleisbahnhofs (= Abbau von Immissionskonflikten, Ausweisung von neuen Gewerbeflächen, Zuzug von jungen Familien)
- Innenstadtnähe
- Denkmalgeschützte Gründerzeitbebauung mit hohem Identifikationspotential
- Sehr gute ÖPNV-Anbindung
- Ungenutzte Freiflächenressourcen
- Steigende Anzahl von selbst genutzten Eigentumswohnungen insbesondere durch die türkische Bevölkerung (= steigendes Verantwortungsgefühl für das Wohnumfeld)
- Zum Teil enge nachbarschaftliche Beziehungen
- Zentral gelegene Quartiersschule und Kindertagesstätten

Probleme im Stadtteil

- Starke Immissionsbelastung durch Verkehr und Nutzungskonflikte durch das Nebeneinander von Wohnung und Industrie
- Gefährdete Nahversorgung durch „Trading Down“
- Fehlende Freiflächen
- Hoher Anteil an Wohnraum niederen Standards / hohe Wohnraumdichte
- Überdimensionierte Straßenräume / fehlende flussläufige Vernetzung
- Hohe bauliche Verdichtung, hoher Anteil versiegelter Flächen
- Hoher Anteil an Sozialhilfeempfänger/in-

- nen, Migranten/innen und Arbeitslosen
- Negative Bilanz sozialer und kultureller Infrastruktur
- Fehlende Freizeitangebote
- Soziale Spannung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen

(Daten: Soziale Stadt Hanau, Lamboy-Nord, Zwischenbericht 1998-2004)

Die wichtigsten Kooperationspartner im Stadtteil

- Nachbarschaftshaus Lamboy-Tümpelgarten (NLT), Stadt Hanau
- Lamboy Park, Stadt Hanau
- Lamboy Laden, Stadt Hanau
- Stadtteilkonferenz
- Kreuzkirche
- Gebeschusschule
- Tümpelgartenschule
- Internationaler Bund/Jugendmigrationsdienst und Jugendcafé Féga

Zahlen und Daten die das Jugendcafé direkt betreffen

Schüler/innen an der Tümpelgartenschule Grund-, Haupt- und Realschule mit Förderstufe:

- Anzahl der Schüler/innen: 772
- Anteil ausländischer Schüler/innen: 43,8 %

Schüler/innen an der Hessen Homburg Schule Haupt- und Realschule (seit Sommer 2004 im Stadtteil, Zusammenlegung aus zwei Schulen in der Innenstadt):

- Anzahl der Schüler/innen: 867
- Anteil ausländischer Schüler/innen: 66,8 %

Nicht eingerechnet sind Jugendliche mit Migrationshintergrund und deutschem Pass.

Jugendcafé Féga

Das Café hat seinen Sitz in der Tümpelgartenschule, Öffnungszeiten sind Dienstag bis Freitag von 15.00 – 18.30 Uhr, finanziert wird das Café gemeinsam vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Stadt Hanau.

Im Sommer 2003 wurde vom Bundesamt das Projekt als ein niedrigschwelliges Angebot in dem Hanauer Stadtteil Tümpelgarten bewilligt. Die Idee zu diesem Café wurde zwei Jahre zuvor in der Stadtteilkonferenz geboren: Der Hof der Tümpelgartenschule wurde von vielen Jugendlichen aus dem Stadtteil genutzt und Zerstörungen und Verschmutzungen waren die Regel. Die Freizeitangebote im Stadtteil beschränkten sich auf den Lamboypark und das Nachbarschaftshaus. Einschränkend kam hinzu, dass sie nur als feste Angebote und nach vorheriger Anmeldung zu nutzen waren.

Das Jugendcafé begann seine Tätigkeit im

Juli 2003. Das Team bestand aus einer hauptamtlichen Mitarbeiterin und vier Honorarkräften, davon drei mit Migrationshintergrund. Die Jugendlichen im Einzugsbereich der Schule wurden angesprochen, auf das Café aufmerksam gemacht und sofort auch in die Gestaltung des Café-Bereiches mit einbezogen. Dadurch hatte das Café innerhalb kürzester Zeit ca. 20 Stammbesucher/innen. Auffallend war, dass von Anfang an sehr viele Mädchen das Angebot nutzten, obwohl keine geschlechtsspezifischen Aktivitäten angeboten wurden; aber einfach sitzen, reden, mal ein Spiel spielen und Musik hören hat ausgereicht, um das Café zu nutzen.

Zwei Honorarkräfte hatten eine eigene Rap-Gruppe, mit denen sie Jugendliche für diese Musik begeistern konnten und sie motivierten, selbst Texte zu schreiben und zu rapen. Es waren hauptsächlich die männlichen Besucher, die dabei mitmachten.

Konfliktpotenzial gab es durch die verschiedenen Wohnstraßen, in denen die Jugendlichen wohnten und die schon lange miteinander „verfeindet“ waren. Es dauerte aber nicht lange, bis sie verstanden hatten, dass sie sich auch durch die Musik auseinander setzen und so in einer anderen Form ihre Konflikte miteinander austragen konnten. Der erste Auftritt der Rap-Gruppe war im November 2003 zur offiziellen Eröffnung des Jugendcafés.

Zu Beginn der Arbeit gab es Kontakte mit der Schule, dem Nachbarschaftshaus Lamboy-Tümpelgarten (NLT) und dem Lamboypark. Da die Idee des Jugendcafés aus der Stadtteilkonferenz, in der das damalige Jugendgemeinschaftswerk vertreten war, geboren wurde, waren die Mitarbeiter/innen des Cafés auch von Anfang an dort vertreten. Als gewählte Vertreter/innen der Stadtteilkonferenz wurden sie in die Steuerungsgruppe Lamboy-Nord entsendet. Die gesamte Steuerungsgruppe ist gleichzeitig der Begleitausschuss für das LOS-Programm. Über dieses Netzwerk wurde das Jugendcafé überall eingeführt und unterstützt. Durch die verschiedenen Projekte im Café Féga haben sich auch für den Stadtteil neue Kontakte ergeben. So ist über die Rap-Gruppe der Kontakt zur Volkshochschule (VHS) entstanden, die damit auch in die Stadtteilarbeit mit eingebunden werden konnte.

Mit der VHS organisierte das Jugendcafé im Rahmen von „Summer in the City 2005“ die Auftaktveranstaltung „Kunst in der Stadt“. Die Jugendlichen waren in die gesamten Vorbereitungen eingebunden und entwickelten bspw. ein eigenes Stofftransparent, mit dem auf die Veranstaltung hingewiesen wurde. Sie organisierten die Logistik mit, waren in den Kooperationsgesprächen dabei und bekamen so

ein Gefühl dafür, wie viel Arbeit hinter einer größeren Veranstaltung steckt. Sie verließen damit die Rolle der Konsumenten und für zwei Jugendliche entwickelte sich eine neue Berufsperspektive zum Verkaufsfachmann.

Das Jugendcafé führte in den Osterferien mit den Jugendlichen eine „Freizeit“ in München durch. Für viele war es die erste Reiseerfahrung in Deutschland. Die gemeinsame Aktion hat den Zusammenhalt der Jugendlichen verstärkt. Finanziert werden konnte diese Freizeit aber nur über Spenden, unter anderem von Firmen aus Hanau, den Rotariern, dem Lions-Club und Mittel aus dem Quartiersbudget.

Das Rap-Projekt ist innerhalb der Stadt inzwischen zu einer festen Größe geworden. Regelmäßig wird es zu Veranstaltungen und Stadtteilstunden eingeladen. Dadurch werden die Jugendlichen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und animiert, mehr von ihren Ideen umzusetzen. Sie verbessern sich in der deutschen Schriftsprache, da sie ihre Texte selber schreiben, ihre Teamfähigkeiten werden gefördert und sie übernehmen Verantwortung für das Gelingen ihrer Auftritte. Durch die eigene „Performance“ entwickeln sie zusätzlich ein besseres Körpergefühl.

Jugendmigrationsdienst

Interessante Schnittstellen in der Arbeit des Jugendcafé ergeben sich auch dadurch, dass es sich um ein gemeinsames Projekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und des Jugendmigrationsdienstes handelt. Werden bspw. jugendliche Zuwanderer/innen neu in der Tümpelgartenschule angemeldet, werden die Mitarbeiter/innen des Cafés darüber informiert bzw. die Schüler/innen auf das Café aufmerksam gemacht, so dass sie in die Betreuung des Jugendmigrationsdienstes aufgenommen werden können. Mit dem JMD und der mobilen Jugendarbeit werden gemeinsame Ausflüge veranstaltet.

LOS Projekt

Aus dem Café heraus hat sich in der ersten LOS-Förderperiode ein Projekt entwickelt. Viele Jugendliche haben EDV-Kenntnisse, die aber nicht formal dokumentiert sind. Dies wurde aufgegriffen und ein LOS-Projekt entwickelt, in dem 20 Jugendliche, zwischen 16 und 25 Jahren, aus den Abschlussklassen der Haupt- und Realschule, den Europäischen Computer-Führerschein (ECDL) machen konnten. Leider war die LOS-Förderperiode zu kurz und die Abschlussprüfungen der Haupt- und Realschule fanden ebenfalls in dieser Zeit statt, so dass nur ein Teil der Jugendlichen an der ECDL-Prüfung teilnehmen konnten. Trotzdem gelang es einer Jugendlichen durch diesen Kurs, einen

Ausbildungsbetrieb von ihrer Befähigung für eine Ausbildung als Bürokauffrau zu überzeugen, obwohl sie nur ein Hauptschulabschluss vorlegen konnte.

Ein zweites LOS Projekt, einen Türkischen Partyservice, der in die Selbständigkeit geführt hat, wurde mit den Müttern der Jugendlichen durchgeführt.

Übersicht der Projekte, die sich aus dem Jugendcafe heraus entwickelt haben:

- Rap: drei Gruppen mit ca. 15 Jugendlichen,
- Beteiligung an der Projektwoche der Tümpelgartenschule, mit einem Frühstücksservice und einem Musikprojekt,
- Ausflüge und Freizeiten: Hochseilgarten, München,
- LOS-Projekte: ECDL, Partyservice sowie
- Lesewoche mit Autorenlesung.

Kontakt:

Christine Erler

JMD Internationalen

Bund e.V.(IB)

Marktstr. 3

63450 Hanau

Fon: 06181923080

Email:

Christine.Erler@

internationaler-bund.de

Starterkonferenz Jugendmigrationsdienste

Konferenz

20. und 21. Juni 2005 in Berlin

Veranstaltungsort:

Heilig-Kreuz-Kirche Berlin-Kreuzberg
Zossener Str. 65
10961 Berlin

Montag, 20. Juni 2005

- | | |
|---|---|
| <p>12.30 Tagungsbüro geöffnet</p> <p>13.30 Begrüßung und Hinweise zum Konferenzverlauf
Rainer Schwarz, Regiestelle E&C</p> <p>13.40 Philosophie und Umsetzungsstand der E&C-Programmplattform
Hartmut Brocke, Stiftung SPI, Berlin</p> <p>14.20 Integration von jungen Migranten und Migrantinnen – Schnittstellen und gemeinsame Handlungsfelder von Jugendmigrationsdiensten (JMD) und Akteuren in den E&C-Gebieten
Angelika von Heinz, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Integration, Bonn</p> <p>15.00 Anforderungen an die Vernetzung der Integrationsarbeit vor Ort
Detlef Bröker, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg</p> <p>15.45 Pause</p> | <p>16.15 Die Stuttgarter Strategie kommunaler Integrationspolitik Preisträger des Integrationswettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“
Georg Ceschan, Jugendmigrationsdienst, Arbeiterwohlfahrt Stuttgart</p> <p>17.00 Podiumsdiskussion:
Ansprüche und Erwartungen an die Integrationsleistung für junge Menschen mit Migrationshintergrund in Kommune und Stadtteil
Angelika von Heinz, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Hartmut Brocke, Stiftung SPI
Detlef Bröker, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Georg Ceschan, JMD Arbeiterwohlfahrt Stuttgart
Hermann Laubach, Fachausschuss für Migration der BAG Jugendsozialarbeit
<i>Moderation: Petra Dinkelacker, Rainer Schwarz</i></p> <p>18.30 Abendessen</p> |
|---|---|



Dienstag 21. Juni 2005

9.30 Beginn der Arbeitsgruppen

**AG 1 | Integrative Projekte im Rahmen des Programms
„Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS)**

Jörg Wiegleb, JMD, Christliches Jugenddorfwerk
Sulzbach-Rosenberg

Moderation: Judith Schwarzburger, Regiestelle E&C

**AG 2 | „Kreative Räume eröffnen“ und „Erzählcafe im
Stadtteil“ – Verzahnung von LOS-Projekten mit der
Arbeit des JMD in Jena-Lobeda**

Katja Glybowski, JMD, Arbeiterwohlfahrt Jena
Astrid Horbank, Stadtteilbüro Jena-Lobeda

Moderation: Petra Dinkelacker, Regiestelle E&C

AG 3 | Gewaltprävention in lokalen Netzwerken

Nikola Weber, JMD, Internationaler Bund Merzig

Moderation: Andreas Hemme, Regiestelle E&C

11.00 Pause

11.30 Arbeitsgruppen

**AG 4 | Erfahrungen und Fortführung der Arbeit mit
interkulturellen Netzwerken**

Markus Kaufmann JMD, Kath. Jugendwerke Köln

Moderation: Dr. Heike Riesling-Schärfe, Regiestelle E&C

**AG 5 | Netzwerkmanagement im Rahmen des JMD –
Erfahrungen aus der Arbeit mit interkulturellen Netzwerken**

Sandra Kloke, JMD, IN VIA Hamburg

Moderation: Antje Klemm, Regiestelle E&C

AG 6 | Netzwerkarbeit am Beispiel des Jugendcafés „Féga“

Christine Erler, JMD, Internationaler Bund Hanau

Moderation: Andreas Hemme, Regiestelle E&C

13.00 Mittagsessen

14.00 **Fishbowl – Diskussion der Arbeitsergebnisse
Wohin geht die Kooperation von Jugendmigrations-
diensten und E&C?**

Moderation: Rainer Schwarz, Regiestelle E&C

Zusammenfassung: Petra Dinkelacker, Judith Schwarzburger

15.30 Abschluss

Teilnehmerliste

Name	Institution	Telefon, eMail
Augustin, Andrea	Internationaler Bund Mathildenstr. 40 90762 Fürth	Tel.: Tel.: 0911-766108-0 andrea.augustin @internationaler-bund.de
Bannert, Beate	Jugendmigrationsdienst Freital Richard-Wagner-Platz 6 01705 Freital	Tel.: 0351-6412365 jmd.freital@freenet.de
Baumgart, Ludwig	Bundesamt f. Migration und Flüchtlinge Rothenburger Straße 29 90513 Zirndorf	Tel.: 0911-9433510 ludwig.baumgart@bamf.bund.de
Becker, Mark	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V Blücherstraße 62/ 63 10961 Berlin	Tel.: 0228-6685423 bek@awobu.awo.org
Boehlke, Kirsten	IB JMD München Lindwurmstr. 117 80337 München	Tel.: 089-60087714 Kirsten.Boehlke @internationaler-bund.de
Borowski, Christiane	INVIP, Jugendmigrationsdienst Bellermannstr. 92 13357 Berlin	Tel.: 030-4931635 cafevia@hotmail.com
Botzian, Peter	Caritasverband Berlin Stresemannstr. 66 10963 Berlin	Tel.: 030-25450326 p.botzian@caritas-berlin.de
Conrady, Mireille	Jugendmigrationsdienst Neukölln Glasower Str. 18 12051 Berlin	Tel.: 030-62608211 jmd.neukoelln@web.de
Dagon, Sukiye	JMD Neukölln Glasower Str. 18 12051 Berlin	Tel.: 030-62608211 jmd.neukoelln@web.de
Einloft- Achenbach, Hanneliese	IB-Jugendmigrationsdienst Langen Robert-Bosch-Str. 24 63225 Langen	Tel.: 06103-2055612 Hanneliese.Einloft-Achenbach@ internationaler-bund.de
Ewald, Thomas	Regionalstelle Jena, Bundesamt f. M. u. F. Frankenstraße 210 90343 Nürnberg	Tel.: 0911-9435202 Detlef.Broeker@bamf.bund.de
Fabian, Johannes	JMD Leipzig, Naomi e.V. Konradstraße 62 04315 Leipzig	Tel.: 0341-9610975 jmd-leipzig-naomi@gmx.de
Fochler, Edgar	Arbeiterwohlfahrt Gartenstr. 9 90443 Nürnberg	Tel.: 0911-27414014 edgar.fochlar@awo-nbg.de
Fournier, Katharina	BAG Evangelische Jugendsoz. Wagenburgstr. 26-28 70184 Stuttgart	Tel.: 0711-1648926 fournier@bagjsa.de
Fuhrberg, Kristin	Jugendmigrationsdienst Celle Amelungstraße 50 29225 Celle	Tel.: 05141-6282 cjd.celle.jgw@t-online.de

Name	Institution	Telefon, eMail
Geil, Walter	BAMF Blaubach 13 50676 Köln	Tel.: 0221- 92426607 walter.geil@bamf.bund.de
Gerstenberger, Jutta	Caritasverband f. das Erzbistum Berlin e.V. Stresemannstr. 66 10963 Berlin	Tel.: 030-25450325
Gräber, Irina	Jugendamt der Hansestadt Rostock Paulstr. 22 18055 Rostock	Tel.: 0381-3811019 ast.integrationmigranten@rostock.de
Grütter, Ute	JMD AWO Kreuzkirchenstieg 6 22111 Hamburg	Tel.: 040-21987825 jmd@awo-hamburg.de
Hardes, Ralf	JMD Caritas Kassel Frankfurter Str. 209 34134 Kassel	Tel.: 0561-9427621 ralf.hardes@caritas-kassel.de
Hese, Gabriele	KMD promigra Pankow vom CJD Berlin Hadlichstr. 20 13187 Berlin	Tel.: 030-47302143 cjd.jgw.pankow@gmx.de
Horzelle, Martin	Diakonisches Werk A.D. Saar Rembrandt Str. 17-19 66540 Neunkirchen	Tel.: 06821-956206 martin-horzella@dwsaar.de
Karsten, Nicole	CJD Jugendmigrationsdienst Jacobäerstrasse 1 01796 Pirna	Tel.: 03501-468138 jmdpirma@cjd-weidenau.de
Kepp, Helga	CJD-Jugendmigrationsdienst Lübsche Str. 116 23966 Wismar	Tel.: 03841-211188 cjdwismar@hotmail.com
Kiolbassa, Joerg Dr.	Evamigra Hamburg Greuenweg 80 20537 Hamburg	Tel.: 040-291513 joerg.kiolbassa@evamigra.de
Klett, Brigitte	Internationaler Bund e.V. JMD Kornbergstr. 7 98528 Suhl	Tel.: 03681-743061 Brigitte.Klett@internationaler-bund.de
Klinkner, Armin	Bundesamt f. Migration und Flüchtlinge Schlesierallee 17 66822 Lebach	Tel.: 06881-926402 armin.klinkner@bamf.bund.de
Kloke, Sandra	IN VIA Kath. Mädchensozialarbeit Hamburg e.V. Stubbenhof 1 21147 Hamburg	Tel.: 040-79612665 JMD@invia-hamburg.de
Kreftsiek, Stefan	JMD, CV Stadt+Landkreis Osnabrück Johannisstraße 91 49074 Osnabrück	Tel.: 0541-34138 skreftsiekas-os.de
Krockert, Franciska	JMD Aschaffenburg Burchardtstr. 15 63741 Aschaffenburg	Tel.: 06021-450025 jmd-aschaffenburg@paritaet-bayern.de

Name	Institution	Telefon, eMail
Kulawik, Gregor	JMD (IB) Siegen Sieghütter Hauptweg 129 57072 Siegen	Tel.: 0271 - 485 35 23 Gregor.Kulawik@internationaler-bund.de
Kurka, Helene	JMD Emsland Alte Post Str. 6 49751 Sögel	Tel.: 05952-990627 jmd-emsland-nord@t-online.de
Kurz, Ursula	IN VIA JMD Propsteihof 10 44137 Dortmund	Tel.: 0231-1848142 u.kurz@invia-dortmund.de
Laubach, Hermann	BAG Katholische Jugendsozialarbeit Carl-Mossarts-Platz 40477 Düsseldorf	Tel.: 0211-944850 laubach@jugendsozialarbeit.de
Lautenbach, Rüdiger	JMD Caritasverband Bremen- Nord Weserstr. 80 28757 Bremen	Tel.: 0421-6607735 r.lautenbach@caritas-bremen-nord.de
Lennartz, Ulrich	SkF Düren e.V. Bonner Str. 34 52351 Düren	Tel.: 02421-95380 Lennartz@skf-dueren.de
Lot, Alice	IB JMD Erfurt Ilderhoffstr. 4 99085 Erfurt	Tel.: 0361-6029723 Alice.Lot@internationaler-bund.de
Lüken, Herbert	AWO-Bremen, Beratungszentrum f. Migranten Am Wall 113 28195 Bremen	Tel.: 0421-3377182 h.lueken@awo-bremen.de
Lützenkirchen, Magarete	Jugendmigrationsdienst Bonn Kölnstr. 6 53111 Bonn	Tel.: 0228-639696 jmd@heimstatt-bonn.de
Lux-Hahn, Regina	Caritasverband f. das Erzbistum Berlin e.V. Stresemannstr. 66 10963 Berlin	Tel.: 030-66633701 r.lux-hahn@caritas-berlin.de
Maier, Manuela	Sozialdienst kath. Frauen, JMD Schwarzenbergstr. 8 96050 Bamberg	Tel.: 0951-868516 M.Maier@skf-bamberg.de
Manescu, Stefan	Jugendmigrationsdienst Neukölln Glasower Str. 18 12051 Berlin	Tel.: 030-62608211
Marika, Miller	JMD-Caritas Ludwigsburg Eberhardstr. 29 71634 Ludwigsburg	Tel.: 07141-9750535 miller@caritas-ludwigsburg-waiblingen- enz.de
Möllhoff, Angelika	Senatsverwaltung f. Bildung, Jugend u. Sport Beuthstr. 6-8 10117 Berlin	Tel.: 030-90265544 angelika.moellhoff@senbjs.verwalt- berlin.de
Mori, Sabine	Regionalstelle Frankfurt/Main, BA f. M. u. F. Frankenstraße 210 90343 Nürnberg	Tel.: 0911-9435202 Sabine.Mori@bamf.bund.de

Name	Institution	Telefon, eMail
Müller, Susanne	JMD promigra Prenzl.-Berg, CJD Berlin Schönhauser Allee 141 10437 Berlin	Tel.: 030-44032963 cjd.prenzl@t-online.de
Rehlinger, Alix	Diakonisches Werk Glasower Str. 18 12051 Berlin	Tel.: 030-62608211 A.Rehlinger.duno@t-online.de
Retzer, Claudia	IB-Jugendmigrationsdienst Warener Str. 5 ; Haus 42 12683 Berlin	Tel.: 030-7031080 ute.wulff@internationaler-bund.de
Rosenhainer, Gabriele	Arbeiterwohlfahrt e.V. Gera, JMD Heidecksburgstraße 8 07552 Gera	Tel.: 0365-4206368 jmd.cr.gera@t-online.de
Salig, Ria	AWO Sozialdienste gGmbH Käthe-Krüger-Str. 15 21337 Lüneburg	Tel.: 04131-862980 salig@awosozial.de
Sari, Savas	AWO KV. Kiel Preetzerstr. 36 24143 Kiel	Tel.: 0431-7757066 savas.sari@awo-kiel.de
Schätz-Rose, Gisela	Jugendmigrationsdienst Caritas Engelbosteler Damm 72 30167 Hannover	Tel.: 0511-760777930 JMD@Caritas-Hannover.de
Schmidt, Monika	CJD-JMD Neumarkt/Opf. Dr.-Grundler-Str. 3 92318 Neumarkt/Opf.	Tel.: 09181-470402 info@cjd-neumarkt.de
Schmidt, Ute	Sozialministerium M-V Grüne Str. 14 19055 Schwerin	Tel.: 0385-5889570 ute.schmidt@sm.mv-regierung.de
Schrader- Bendfeldt, Jürgen	AWO Niedersachsen, Koordinierung JMD Körtingsdorfer Weg 8 30455 Hannover	Tel.: 0511-499684 JuergenSB@gmx.de
Siegmund, Jörg	Internationaler Bund, JMD Johannisburger Auger 4 14772 Brandenburg	Tel.: 03381-7304416 joerg.siegmund@internationaler-bund.de
Spott, Annett	JMD Wolfen Raguhner Schleife 29 06766 Wolfen	Tel.: 03494-503510 jmd-wolfen@gmx.de
Stock, Christof	Internationaler Bund Bahnhofstr. 26A 35037 Marburg	Tel.: 06421-681889 Christof.Stock@internationaler-bund.de
Thom, Micha	Internationaler Bund Felder Str. 67 42651 Solingen	Tel.: 0212-46006 micha.thom@internationaler-bund.de
Tilsner, Ute	Regionalstelle Nostorf-Horst, BA f. M. u. F. Frankenstraße 210 90343 Nürnberg	Tel.: 0911-9435202 Detlef.Broeker@bamf.bund.de
Torrejon, Jose	KJS Region Nord Kopernikusstr. 3 30167 Hannover	Tel.: 0511-1217334 jose.torrejon@jugendsozialarbeit.de

Name	Institution	Telefon, eMail
Weidinger, Reimund	Internationaler Bund (IB) Pfälzischer Ring 100-102 51063 Köln	Tel.: 0173-6702593 reimund.weidinger@internationaler-bund.de
Widmaier, Harald	Diakonisches Werk im Stadt- und LK Heilbronn Schellengasse 9 74072 Heilbronn	Tel.: 07134- 916615 harald.widmaier@diakonie-heilbronn.de
Wollner, Dirk	Bundesamt f. Migration und Flüchtlinge Sachsenstr. 12+14 20097 Hamburg	Tel.: 040-23501106 Dirk.Wollner@bamf.bund.de
Ziemann, Wilke	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Tempelhofer Ufer 11 10963 Berlin	Tel.: 030-25767631 wilke.ziemann@dkjs.de
Zwetsch, Sabine	Internationaler Bund, JMD Hauptstr. 304 55743 Idar-Oberstein	Tel.: 06781-360731 Sabine.Zwetsch @internationaler-bund.de